www.laender-analysen.de/zentralasien

LÄNDER–ANALYSEN



Nr. 174 | 31.10.2026

Zentralasien-Analysen

- **Fünf Jahre Wiedermachtergreifung der Taliban in Afghanistan**
- **Vorgezogene Parlamentswahl in Kasachstan**

KOMMENTAR

Fünf Jahre Taliban-Herrschaft: Den Krieg gewonnen, den Staat verloren 2
Muhammad Amir (Deakin University, Melbourne)

Afghanische Frauen schreien lautlos. Die Welt muss sie hören. 8
Nancy J. Newman (International Action Network for Gender Equity & Law (IANGEL), Berkeley (Kalifornien))

Zur Lage der Hebammen und Müttergesundheit in Afghanistan 10
Zuhra Dadgar-Shafiq (Action for Development, Genf)

Laufen als Widerstand: Afghanische Frauen und Sport unter den Taliban 12
Sana Mahmud (Free to Run, Toronto)

Afghanistan nach dem Abzug der Vereinigten Staaten:
Das Ende eines Krieges oder der Beginn einer neuen Rivalität? 15
Sayed Abdul Karim Hashemi, aus dem persischen Original ins Englische übersetzt von Farhad Farhaad

DOKUMENTATION

Abschluss der Machtneuordnung? Die *Kurultai*-Wahl in Kasachstan vom 23. August 2026 18

Offizielles Endergebnis der vorgezogenen Wahl zum neuen Einkammerparlament *Kurultai* in Kasachstan vom 23. August 2026 20

CHRONIK

Hinweis auf die Online-Chronik 22

Aufgrund der PHP-Sicherheitslücke finden Sie die aktuellen Ausgaben der Länder-Analysen derzeit nur bei
https://dgo-online.org/publikationen/laenderanalysen/

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde | Deutsches Polen-Institut | Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen | Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien | Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung | Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH

KOMMENTAR

Fünf Jahre Taliban-Herrschaft: Den Krieg gewonnen, den Staat verloren

Muhammad Amir (Deakin University, Melbourne)

Es war der 15. August 2021, als die Taliban mit erstaunlicher Leichtigkeit und nahezu kampflos in Kabul einmarschierten. 20 Jahre lang hatten sie gegen die afghanische Regierung gekämpft – nun brach diese innerhalb weniger Tage zusammen: Präsident Aschraf Ghani floh außer Landes, die Sicherheitskräfte lösten sich auf. Plötzlich fanden sich Kämpfer, die es gewohnt waren, Ministerien anzugreifen, in eben diesen wieder.

Die Prognose, die man in jener Woche am häufigsten hörte, hat sich als falsch erwiesen. Die Taliban-Regierung ist nicht zusammengebrochen.

Den Übergang von der Aufstandsbewegung zur Regierung haben sie überstanden. Sie kontrollieren fast das gesamte Staatsgebiet, und keine bewaffnete Opposition ist ihnen bislang auch nur annähernd gefährlich geworden. Zollposten treiben Abgaben ein, Behörden stellen Pässe aus, die Grenzen werden verwaltet. Die Gewalt im Land ist weit unter das Niveau der letzten Jahre der Republik gefallen, auch wenn sich die Grenze zu Pakistan inzwischen in eine Kriegsfront verwandelt hat. Nach dem anfänglichen Einbruch wächst die Wirtschaft wieder, und die inländischen Einnahmen liegen deutlich über dem, was die meisten Beobachter erwartet hatten.

Diese Errungenschaften sollte man nüchtern anerkennen, denn wer sie ausblendet, übersieht das weit folgenreichere Problem, das sich unter der Oberfläche entwickelt.

Die zentrale Schwierigkeit der Taliban liegt nicht darin, dass sie Afghanistan nicht regieren könnten, sondern darin, dass die Institutionen und Anreize, die sie im Kampf gegen den Staat so erfolgreich gemacht haben, sich kaum für dessen Aufbau eignen. Ein Regime kann seine Macht festigen, während der Staat, auf den es sich stützt, zugleich an Substanz verliert – er wird besser im Besteuern, Überwachen und Erzwingen, aber schlechter darin, Fachkräfte auszubilden, Investitionen anzuziehen, professionelle Institutionen zu erhalten und die eigenen Fehler zu korrigieren.

Den Krieg haben die Taliban gewonnen. Schwieriger zu beantworten ist die Frage, was dieser Sieg für das Land bedeutet, das sie übernommen haben.

Das Paradox des Sieges

Für Aufstandsbewegungen und Staaten gelten unterschiedliche Regeln, wenn es ums Überleben geht.

Ihre militärischen Erfolge verdankten die Taliban ideologischer Disziplin, persönlicher Loyalität und Geheimhaltung, der Eigeninitiative ihrer Kommandeure vor Ort und dem bedingungslosen Gehorsam gegenüber der Führung. Ihre Finanzen wickelten sie weitgehend außerhalb regulärer Institutionen ab. Interne Konflikte ließen sich unterdrücken oder vertagen, solange ein Ziel alle Fraktionen einte – die Republik zu stürzen und die ausländischen Truppen aus dem Land zu treiben.

Ein Staat folgt dagegen einer anderen Logik. Eine Regierung muss Aufgaben delegieren, eine Zentralbank braucht Fachleute, Ministerien sind auf ihr institutionelles Gedächtnis angewiesen. Unternehmen brauchen verlässliche Regeln, Krankenhäuser ausgebildetes Personal, und Diplomatie benötigt Kompromisse. Eine moderne Volkswirtschaft beruht auf Millionen von Entscheidungen, die sich nicht alle an eine oberste Autorität verweisen lassen.

Eine Aufstandsbewegung kann eine Brücke sprengen, weil der Gegner sie nutzt. Eine Regierung muss hingegen klären, wer sie wieder aufbaut und wie die Arbeit finanziert wird, welches Ministerium zuständig ist und wie der Auftrag vergeben wird, ob es überhaupt die nötigen Ingenieure gibt, wie sich Korruption verhindern lässt – und ob die Wirtschaft in der Umgebung mit der Brücke etwas anfangen kann, wenn sie erst einmal wieder steht.

20 Jahre lang haben die Taliban gelernt, außerhalb des afghanischen Staates äußerst wirkungsvoll zu operieren. Nun müssen sie durch Institutionen regieren, deren Anforderungen genau jener politischen Kultur widersprechen, der sie ihren Sieg verdanken. Ein abrupter Zusammenbruch der Verwaltung ist dabei nicht zu befürchten, diese Prognose hat Afghanistan bereits widerlegt. Die eigentliche Gefahr entwickelt sich langsamer und ist schwerer zu erkennen. Es handelt sich um eine Art institutioneller Umkehrung, in deren Verlauf die Stärken aus der Kriegszeit zu Hindernissen für das Regieren werden.

Kandahar gegen Kabul: Die zwei Machtzentren Afghanistans

Besonders deutlich wird dies anhand der Distanz zwischen den beiden Städten, aus denen Afghanistan heute regiert wird.

Häufig wird die Politik der Taliban als Machtkampf zwischen Hardlinern und Gemäßigten beschrieben. Diese Rahmung ist sachdienlich, aber unvollständig, denn die eigentliche Spannung verläuft zwischen zwei unterschiedlichen Logiken des Regierens.

In Kandahar, wo der oberste Führer Hibatullah Achundsada seinen Sitz hat, befindet sich heute das Zen-

trum der höchsten religiösen und politischen Autorität des Landes. Dort geht es vor allem darum, die Bewegung und die durch ihren Sieg geschaffene Ordnung zu bewahren. Entsprechend grundsätzlich sind die dort behandelten Fragen: ist eine Maßnahme mit dem Islam-Verständnis der Führung vereinbar? Verrät ein Kompromiss die Prinzipien, für die die Bewegung gekämpft hat? Werden Zugeständnisse an das Ausland die ideologische Autonomie untergraben? Gefährden sichtbare Meinungsverschiedenheiten den Zusammenhalt?

Kabul hingegen befindet sich in einer anderen Realität. Hier befassen sich Minister und Beamte mit Stromengpässen und Zollvorgaben, einem vom Ausland isolierten Bankensystem, mit Krankenhäusern, Telekommunikation, Handelsgesprächen, Arbeitslosigkeit, Hilfsorganisationen und ausländischen Delegationen.

Während Kandahar die Bewegung bewahren muss, muss Kabul den Staat am Laufen halten. Beides schließt sich nicht zwangsläufig aus, doch die Anforderungen der einen Seite schränken die Handlungsmöglichkeiten der anderen zunehmend ein. Die Spaltung lässt sich daher am besten als eine zwischen dem Erhalt der Bewegung und der Anpassung des Staates verstehen.

Die Internetabschaltung im September 2025 zeigte den Mechanismus wie unter einem Brennglas. Nachdem erst einige Wochen zuvor in mehreren Provinzen Glasfaserleitungen gekappt worden waren, um »Unmoral« zu verhindern, ordnete die Regierung diesmal eine landesweite Sperre an. Binnen Stunden wurden nahezu alle Bankgeschäfte, Flüge und Zollabfertigungen lahmgelegt (Whiteman 2025). Zwei Tage später kehrte das Netz ebenso abrupt zurück, wie es verschwunden war. Für keine der beiden Entscheidungen gab es eine offizielle Erklärung. Die wirtschaftlichen und administrativen Folgen dieser ideologisch verbrämten Anordnung musste letztlich der Staat tragen.

In den meisten Fällen werden solche Kosten erst nach 48 Stunden offenbar. Eine Anordnung vom Zentrum verbreitet sich rasch, entfaltet ihre gesellschaftlichen Konsequenzen aber nur langsam. Das Ergebnis ist eine verzögerte Regierungsführung: Die ideologischen Entscheidungen sind zwar unmittelbar, doch die institutionellen Kosten summieren sich über Jahre hinweg – in Klassenzimmern, auf dem Arbeitsmarkt, in Krankenhäusern und in den Haushalten.

Das ideologische Veto

Der fast vollständige Ausschluss von Frauen und Mädchen aus dem Bildungs- und öffentlichen Leben macht diese Verzögerung wie kaum eine andere Maßnahme deutlich. Die Einschränkungen werden zu Recht als Menschenrechtskatastrophe bezeichnet; zugleich stellen sie einen langfristigen Angriff auf die Leistungsfähigkeit des Staates dar.

Afghanistan ist weltweit das einzige Land, das Mädchen offiziell den Besuch weiterführender Schulen und Hochschulen untersagt. Nach Angaben der UNESCO waren nach fünf Jahren 2,4 Millionen Mädchen davon betroffen (Associated Press 2026), jährlich kommen rund 200.000 hinzu. Bis 2030 wird ein Anstieg der Zahl auf annähernd vier Millionen erwartet. Im Dezember 2024 ließ der oberste Führer zudem die medizinischen Ausbildungsstätten für Frauen schließen (Kumar 2024) und verbaute ihnen damit den letzten verbliebenen Weg in einen qualifizierten Beruf – und das in einem Land, in dem Frauen nach den Vorschriften desselben Regimes nur von Frauen behandelt werden dürfen.

Der Schaden lässt sich nicht an der Zahl leerer Schulbänke ablesen. Einem Mädchen, das keine weiterführende Schule besuchen darf, fehlen eben nicht nur einige Jahre Bildung; dem Land geht eine künftige Lehrerin, Ärztin, Hebamme, Beamtin, Ingenieurin oder Unternehmerin verloren. Rechnet man das auf Millionen Mädchen und auf einen Jahrgang nach dem anderen hoch, wird aus dem Verlust ein strukturelles Problem. Den Krankenhäusern werden jene Klinikärztinnen fehlen, die genau aufgrund der vom Regime verordneten Geschlechtertrennung benötigt werden. Den Schulen wird es an Lehrerinnen mangeln. Die Ministerien können nur noch auf einen verkleinerten Kreis von Bewerbern zurückgreifen, und den Haushalten entgeht Einkommen. Der Ausschluss von Frauen verstärkt so die Schwäche des Staates.

Dass es dabei nicht nur um Ideologie, sondern auch um Institutionen geht, zeigt der Umgang mit jenen, die Einwände erhoben haben. Innenminister Siradschuddin Haqqani hatte 2023 öffentlich vor einer Monopolisierung der Macht gewarnt (Bloomberg 2023) und das Thema Ende 2025 erneut aufgegriffen. Der stellvertretende Außenminister Sher Mohammad Abbas Stanikzai bezeichnete das Bildungsverbot im Januar 2025 als ungerecht und unislamisch (Associated Press 2025) und verließ wenige Tage später das Land in Richtung Vereinigte Arabische Emirate. An der Politik selbst hat sich nichts geändert.

Die Lehre ist: Wenn die praktischen Erfordernisse des Staates mit den ideologischen Ansprüchen der Bewegung kollidieren, setzt sich die Bewegung durch. Dieses ideologische Veto ist fest im Herrschaftssystem verankert, und es führt zu einem Dilemma, das jede revolutionäre Bewegung kennt, sobald sie selbst regiert: Gerade die Kompromisse, die den Staat stärken würden, erscheinen aus ihrer Innenperspektive als Verrat an den eigenen Prinzipien, kaum dass der Sieg errungen ist.

Kontrolle ist nicht gleich Leistungsfähigkeit

All das bedeutet nicht, dass die Ministerien der Taliban nur mit inkompetenten Kämpfern besetzt wären

oder die Bürokratie nicht mehr funktioniert. Solche Behauptungen sind unzutreffend und machen es sich analytisch zu leicht. Viele Institutionen arbeiten weiter, ein Teil der erfahrenen Beamten ist geblieben, und eingespielte Verwaltungsabläufe haben den Regimewechsel überdauert – der afghanische Staat ist mit der Republik nicht einfach verschwunden.

Die Gefahr liegt vielmehr an anderer Stelle. Die Leistungsfähigkeit eines Staates hängt nicht davon ab, ob seine Behörden geöffnet haben. Sie beruht stattdessen auf dem institutionellen Gedächtnis und fachlicher Expertise, auf einer leistungsbasierten Personalrekrutierung, auf der Übertragung von Vollmachten und auf der Bereitschaft der Beamten, schwierige Entscheidungen zu treffen, ohne vorher abzuwägen, ob sie ihnen politisch schaden könnten.

Diese Voraussetzungen gehen nicht schlagartig verloren, aber sie erodieren. Ein erfahrener Beamter scheidet aus und wird durch jemanden ersetzt, den man wegen seiner Loyalität ausgewählt hat; Beförderungen richten sich immer mehr nach ideologischen Referenzen statt nach Kompetenz. Fachleute, die im Staatsdienst keine Perspektive mehr sehen, bewerben sich gar nicht erst. Entscheidungen werden nach oben weitergereicht, weil niemand es wagt, der Führung zu widersprechen. Und die Universitäten bilden nicht mehr die Ärzte, Ingenieure und Ökonomen aus, die die Regierung in zehn Jahren brauchen wird.

Am schwersten wiegt diese Erosion an der Spitze. Ein System, das auf der persönlichen Loyalität gegenüber einem einzigen Mann in Kandahar beruht, hat keine institutionelle Antwort auf die Frage, was nach ihm kommen soll. Die Republik hatte, trotz all ihrer Dysfunktionalitäten, das Präsidentenamt zumindest einmal per Wahl übergeben [2014, von Hamid Karzai an Ashraf Ghani, *Anmerkung der Redaktion*], so umstritten diese auch gewesen sein mag. Ob das Emirat überhaupt in der Lage ist, Macht übertragen zu können, muss sich erst noch zeigen.

Ein Staat kann also politisch zentralisierter und zugleich institutionell schwächer werden. Wer eine Anordnung durchsetzen kann, demonstriert Autorität; Leistungsfähigkeit zeigt sich hingegen erst darin, die Konsequenzen einer solchen Anordnung zu durchschauen, komplexe Institutionen zu führen, Fehler zu korrigieren und auch über die heutigen Machthaber hinaus funktionsfähig zu bleiben. Kontrolle und Leistungsfähigkeit sind zwei verschiedene Dinge, die nicht verwechselt werden sollten.

Einnahmen ohne Entwicklung

Die Wirtschaft repräsentiert dasselbe Paradox in fiskalischer Form.

Beim Eintreiben von Einnahmen sind die Taliban erfolgreicher als alle Vorhersagen. 2025 erreichten die inländischen Einnahmen rund 17 Prozent des BIP (World Bank Group 2025), und die Einnahmeverluste, welche die Staatskasse der Republik belastet hatten, konnten teilweise eingedämmt werden. Das verdient durchaus Anerkennung.

Extraktion ist allerdings noch keine Entwicklung. Das Wachstum von 2,5 Prozent im Jahr 2024 und rund 4,5 Prozent im Jahr 2025 wurde vollständig vom Bevölkerungszuwachs aufgezehrt, zumal fast 3,7 Millionen Afghanen aus Iran und Pakistan zurückkehren mussten – auf einen Arbeitsmarkt, der ihnen nichts zu bieten hat. Im vergangenen Jahr ist das Pro-Kopf-Einkommen deshalb um mehr als 5 Prozent gesunken (World Bank Group 2026), und selbst die Weltbank kommt zu dem Schluss, dass sich das Wachstum nicht im Lebensstandard niederschlägt. Investitionen sind minimal. Das Bankensystem ist nach wie vor vom Großteil der Welt abgeschnitten. Und die ausländischen Zuschüsse, die einst drei Viertel der Staatsausgaben finanziert haben, sind zu einem Rinnsal humanitärer Hilfe geworden (Runde et al. 2024).

Darin liegt der zentrale wirtschaftliche Widerspruch der Taliban-Herrschaft: Das Regime wird zwar immer effizienter darin, staatliche Einnahmen zu generieren, nicht aber darin, die wirtschaftliche Basis zu verbreitern, aus der zukünftige Einnahmen kommen müssen.

Eine Aufstandsbewegung kann von Abgaben, informellem Handel, Spenden und Zwang leben. Ein Staat braucht hingegen etwas Handfesteres: investitionsfreudige Unternehmen, kreditgebende Banken, qualifizierte Arbeitskräfte, eine verlässliche Stromversorgung, durchsetzbare Verträge, eine berechenbare Politik und nicht zuletzt Unternehmer, die darauf vertrauen, dass ihnen das heute eingesetzte Kapital auch morgen noch gehört. Mit Steuern lässt sich Herrschaft finanzieren, aber nur Produktivität kann einen Staat auf Dauer tragen. Eine Regierung, die einen immer größeren Anteil einer stagnierenden Wirtschaft für sich beansprucht, füllt zwar ihre Kassen, stärkt aber nicht das Land.

Das Dilemma der Aufständischen, nur umgekehrt

Sicherheit stellt eine ähnlich bemerkenswerte Umkehrung dar.

20 Jahre lang genossen die Taliban die strukturellen Vorteile einer Aufstandsbewegung. Sie entschieden selbst, wann und wo sie zuschlugen, und tauchten anschließend wieder unter. Ein einziger spektakulärer Anschlag konnte die öffentliche Aufmerksamkeit beherrschen, während tausend ereignislose Patrouillen von Regierungstruppen unbemerkt blieben.

Nun haben sie das andere Ende dieser Gleichung in der Hand. Sie müssen Tag für Tag Ministerien, Flughäfen, Moscheen, Märkte, Beamte und Botschaften vor

einem Gegner schützen, der nur gelegentlich Erfolge benötigt. Der »Islamische Staat – Khorasan-Provinz« (ISKP) muss Afghanistan nicht erobern, um die Taliban herauszufordern; es reicht, wenn er die Verwundbarkeit des Sicherheitsapparates aufzeigt, wie im Dezember 2024, als ein als Besucher getarnter Attentäter Flüchtlingsminister Khalil Haqqani in dessen eigenem Ministerium tötete (Popalzai/Nicholls 2024). Die Kämpfer, die einst Ministerien angriffen, sterben nun selbst darin.

Die Taliban haben das Netzwerk des ISKP geschwächt und viele seiner Kommandeure getötet oder festgenommen, die Zahl der Anschläge in Afghanistan ist zurückgegangen. Dennoch gilt die Gruppe Beobachtern der UN weiterhin als größte terroristische Bedrohung für die Taliban und die Region (Sirat 2026); ihren Berichten zufolge baut sie derzeit wieder die Fähigkeit auf, gelegentlich Anschläge mit hohen Opferzahlen zu verüben. Die Bedeutung von alledem ist ebenso politisch wie militärisch, denn der wichtigste Legitimitätsanspruch der Taliban seit 2021 besteht darin, den Krieg beendet und wieder Ordnung hergestellt zu haben. Genau diesen Anspruch stellt der ISKP infrage.

Während Aufständische davon leben, Unsicherheit sichtbar zu machen, leben Regierungen davon, Sicherheit zum Normalzustand zu machen. Damit unterliegen die Taliban nun selbst jener Asymmetrie, die sie früher Kabul auferlegt hatten: Als Aufständischen reichte ihnen ein gelegentlicher Erfolg, um die Schwäche der Regierung vorzuführen; als Machthabern genügt ein gelegentliches Versagen, um die eigene offenzulegen.

Der Nachbar, der in den Krieg zog

An der Ostgrenze zeigt sich am deutlichsten, wie die Loyalität einer Aufstandsbewegung zur Belastung für den Staat werden kann.

Über 20 Jahre hinweg teilten die Taliban mit den pakistanischen Taliban, der Tehrik-i-Taliban Pakistan (TTP), Rückzugsräume, Netzwerke und ein gemeinsames Ziel. Als die Bewegung 2021 nach Kabul zurückkehrte, gab sie diese Verbindung nicht auf; den Berichten von UN-Beobachtern zufolge unterstützen die De-facto-Machthaber weiterhin die TTP, deren Anschläge in Pakistan stark zugenommen haben (Security Council Report 2026). Aus der brüderlichen Verbundenheit zweier Aufstandsbewegungen ist damit ein Konflikt zwischen Staaten geworden – und Pakistan reagierte genau wie Staaten es eben tun. Pakistanische Luftangriffe auf Kabul im Oktober 2025 lösten tagelange Gefechte an der Grenze aus. Seither sind die Übergänge weitgehend geschlossen, und der Handel, von dem der Osten Afghanistans lebt, ist zum Erliegen gekommen. Im Februar 2026 eskalierte die Konfrontation schließlich zum offenen Krieg, mit pakistanischen Angriffen auf militärische Ziele in Kabul und Kandahar (Britannica Editors 2026), einer brüchigen Waffenruhe im März und Gesprächen in China, die bislang zu keiner Einigung geführt haben (AFP und Reuters 2026).

Eine Aufstandsbewegung kann sich Solidarität mit anderen Aufständischen leisten, da sie keine Grenze zu verlieren hat. Eine Regierung kann das nicht. Dieselben UN-Beobachter sehen in der TTP-Frage inzwischen die größte kurzfristige Bedrohung für die Stabilität der Taliban selbst. Mit geschlossenen Grenzübergängen und zerbombten Stellungen zahlt das Regime heute den Preis für eine Loyalität, die es noch als Bewegung eingegangen war.

Der Feind, der sie zusammenhielt

Das Verschwinden des wichtigsten Feindes der Taliban hat ein weniger offensichtliches Problem geschaffen.

20 Jahre lang haben die Vereinigten Staaten und die afghanische Republik der Bewegung etwas gegeben, das ihnen keine interne Institution ohne Weiteres hätte bereitstellen können, nämlich einen Zweck, der stark genug war, um jede Meinungsverschiedenheit in den Hintergrund zu rücken. Die Fraktionen mochten über Taktik, Personalfragen und regionale Interessen streiten – am Ende haben sie ein Ziel geteilt: den Krieg gewinnen.

Der Sieg hat dieses ordnende Prinzip beseitigt, und die aufgeschobenen Fragen sind zurück: Wer bekommt die hohen Posten? Wie viel Macht soll Kandahar haben? Wie sollen Ressourcen zwischen den Regionen verteilt werden? Wie viel Autonomie sollen Minister haben? Wie weit soll sich die Regierung verbiegen, um die Beziehungen mit dem Ausland zu verbessern? Soll das Bildungsverbot aufgehoben werden? Wie sollen die ethnischen und regionalen Gruppen Afghanistans vertreten sein? Und vor allem: Wer soll definieren, wofür eigentlich gesiegt wurde?

Bei alldem handelt es sich nicht um Meinungsverschiedenheiten auf dem Schlachtfeld, sondern um Verteilungskonflikte, wie sie das Regieren ständig aufs Neue hervorbringt.

Nichts davon bedeutet, dass eine Fragmentierung der Taliban bevorsteht; Prognosen über den internen Zerfall haben den Zusammenhalt der Bewegung wiederholt unterschätzt. Die bessere Frage ist, welchen Preis die Wahrung dieses Zusammenhalts hat. Zentralisierung kann Konflikte unterdrücken, ohne sie zu lösen. Persönliche Autorität kann zwar verhindern, dass aus der Rivalität zwischen Fraktionen institutionelle Konflikte werden, die dahinterstehenden Interessen vermag sie jedoch nicht zu beseitigen. Und ideologische Disziplin mag Schweigen erzwingen, aber Schweigen ist noch kein Konsens.

Solange der Sieg noch vor ihr liegt, lässt sich der Zusammenhalt einer Aufstandsbewegung vergleichs-

weise leicht bewahren. Das eigentliche Regieren beginnt erst dann, wenn sich der Streit darüber, was dieser Sieg bedeuten soll, nicht länger aufschieben lässt.

Was, wenn die Taliban-Herrschaft kein Scheitern ist?

Jedes aufrichtige Argument muss sich auch mit dem stärksten Einwand auseinandersetzen, nämlich dass Außenstehende die Taliban immer wieder an einem Regierungsmodell messen, das diese weder anerkennen noch anstreben.

Das Regime kontrolliert das Land, seine bewaffneten Gegner sind schwach, die Einnahmen fließen, der landesweite Krieg ist vorbei, und die Wirtschaft wächst wieder. Russland hat die Regierung im Juli 2025 offiziell anerkannt (Bahiss 2025), China hatte bereits einen Botschafter der Taliban akkreditiert, und Iran, Indien, die zentralasiatischen Staaten und die Golfstaaten haben ihr pragmatisches Engagement ausgebaut, ohne eine formelle Anerkennung abzuwarten. Nur Pakistan, einst unverzichtbarer Patron der Taliban, hat sich in die Gegenrichtung bewegt. Vielleicht steht der ideologische Autoritarismus dem Regieren der Taliban gar nicht im Weg – vielleicht *ist* er die Regierungsform der Taliban.

Dieses Argument hat durchaus Gewicht, widerlegt das Problem aber nicht, sondern macht es eher noch deutlicher. Die Beständigkeit eines Regimes und die Stärke eines Staates lassen sich nicht mit demselben Maßstab messen. Eine Regierung kann sehr effektiv darin sein, ein Territorium zu kontrollieren, das Verhalten der Bevölkerung zu reglementieren, Steuern einzutreiben und Opposition zu unterdrücken, und zugleich kaum in der Lage sein, Humankapital zu entwickeln, Investitionen anzuregen, professionelle Institutionen zu bewahren oder sich anzupassen, wenn politische Maßnahmen scheitern. Womöglich ist gerade diese Kombination das prägende Merkmal der in Entstehung begriffenen Ordnung Afghanistans: ein Regime, das an Stärke gewinnt, während der Staat sich ausdünnt.

Die Prüfung eines Staates besteht nicht darin, ob er sich an der Macht halten kann, sondern darin, ob er sich selbst reproduzieren kann – ob er seine Nachfolger ausbildet, seine Fachleute ersetzt, Macht transferiert und die Fehler seiner Führung übersteht. Die erste dieser Prüfungen haben die Taliban nach fünf Jahren eindeutig bestanden. Die zweite haben sie noch nicht versucht.

Die Regierungsfalle: Zum Überleben gemacht, nicht zum Regieren

Es war die große Errungenschaft der Taliban, ohne einen Staat überleben zu können. Ihre große Herausforderung ist es nun, zu lernen, einen Staat zu regieren.

Geheimhaltung, Hierarchie, Disziplin, persönliche Loyalität und der Widerstand gegen äußeren Druck haben die Taliban durch zwei Jahrzehnte Krieg getragen und sich als wirksame Mittel erwiesen, ihre Macht zu festigen. Machtfestigung ist jedoch noch kein Staatsaufbau. Eine Regierung kann Ministerien befehligen, ohne Institutionen zu stärken, Steuern eintreiben, ohne Wohlstand zu schaffen, und Gehorsam erzwingen, ohne Expertise hervorzubringen. Sie kann die organisierte Opposition ausschalten, ohne politische Teilhabe zu ermöglichen, und die Macht monopolisieren, ohne ein System zu etablieren, das in der Lage wäre, die eigenen Fehler zu korrigieren.

Die Taliban haben den Staat, den sie 20 Jahre lang bekämpft haben und mit dessen Beherrschung sie sich schwertun, nicht einfach geerbt. Was derzeit geschieht, ist konsequenter: Sie bauen den Staat nach dem Vorbild der Bewegung um, die ihn erobert hat.

Daraus mag durchaus ein dauerhaftes Regime hervorgehen, vielleicht sogar ein stark zentralisiertes und nach innen diszipliniertes. Langlebigkeit beantwortet jedoch nicht die größere Frage. Im August 2021 entschieden die Taliban Afghanistans drängendsten Streit darüber, wer herrschen soll. Fünf Jahre später geht es nicht mehr darum, ob sie an der Macht bleiben, sondern ob das System, das sie errichten, jenes Humankapital, jene wirtschaftliche Produktivität, institutionelle Kompetenz und politische Flexibilität generieren kann, die Afghanistan stärker machen würden als das Regime, das es regiert.

Die Kämpfer, die vor fünf Jahren in Kabuls Ministerien einmarschiert sind, haben bewiesen, dass sie diese halten können. Ob sie auch einen Staat aufbauen können, ohne in seinem Inneren die Logik jenes Aufstands fortzuführen, der den Krieg gewonnen hat, ist dagegen noch offen.

Aus dem Englischen von Rostam Onsori

Der englischsprachige Originalkommentar ist am 8. September 2026 auf der Website von Geopolitical Monitor erschienen und wird hier als deutschsprachige Übersetzung mit freundlicher Genehmigung von Geopolitical Monitor übernommen.

Original: https://www.geopoliticalmonitor.com/taliban-five-years-winning-the-war-losing-the-state/

Informationen über den Autor und Lesetipps/Bibliografie finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor
Muhammad Amir ist Doktorand an der School of Humanities and Social Sciences der Deakin University in Melbourne. Er forscht zur pakistanischen Außenpolitik und zum afghanischen Friedensprozess. Zu seinen weiteren Interessen zählen die Theorie der Mittelmächte, Konfliktvermittlung, südasiatische Sicherheitsstudien und der Einsatz Künstlicher Intelligenz im Verteidigungsbereich.

Lesetipps / Bibliographie

- AFP und Reuters. 2026. »Pakistan, Afghanistan hold talks in China to end months of conflict«, *Al Jazeera*, 2. April 2026. https://www.aljazeera.com/news/2026/4/2/pakistan-afghanistan-hold-talks-in-china-to-end-months-of-conflict
- Associated Press. 2025. »Taliban deputy urges leader to lift education bans on Afghan women and girls«, *CNN*, 20. Januar 2025. https://edition.cnn.com/2025/01/19/asia/afghanistan-taliban-deputy-education-ban-intl-hnk/index.html
- Associated Press. 2026. »2.4 million Afghan girls shut out of secondary school during 5 years of Taliban rule, UN says«, *PBS News*, 11. August 2026. https://www.pbs.org/newshour/world/2-4-million-afghan-girls-shut-out-of-secondary-school-during-5-years-of-taliban-rule-un-says
- Bahiss, Ibraheem. 2025. »Russia Becomes First State to Recognise Taliban as Rightful Afghan Government«, *International Crisis Group*, 4. Juli 2025. https://www.crisisgroup.org/alr/asia-pacific/afghanistan/russia-becomes-first-state-recognise-taliban-rightful-afghan-government
- Bloomberg. 2023. »Taliban Minister Haqqani's rare rebuke of top leader Akhundzada shows infighting«, *Al Arabiya English*, 13. Februar 2023. https://english.alarabiya.net/News/world/2023/02/13/Taliban-Minister-Haqqani-s-rare-rebuke-of-top-leader-Akhundzada-shows-infighting
- Britannica Editors. 2026. »Afghanistan-Pakistan Conflict«, *Britannica*, 1. Oktober 2026. https://www.britannica.com/topic/Afghanistan-Pakistan-Conflict-2025
- Kumar, Ruchi. 2024. »Rights Group: Afghan women barred from studying nursing and midwifery«, *NPR*, 4. Dezember 2024. https://www.npr.org/sections/goats-and-soda/2024/12/04/g-s1-36765/afghanistan-taliban-women-nurses-midwives
- Popalzai, Masoud; Nicholls, Catherine. 2024. »Suicide bombing in Kabul kills Taliban refugee minister«, *CNN*, 11. Dezember 2024. https://edition.cnn.com/2024/12/11/asia/kabul-suicide-bombing-haqqani-minister-intl/index.html
- Runde, Daniel F.; Annie Pforzheimer, Thomas Bryja und Caroline Smutny. 2024. »The Future of Assistance for Afghanistan: A Dilemma«, *Center for Strategic & International Studies (CSIS)*, 13. Juni 2024. https://www.csis.org/analysis/future-assistance-afghanistan-dilemma
- Sirat, Siyar. 2026. »UN report: Taliban unable to suppress terrorist threat in Afghanistan«, *Amu TV*, 13. August 2026. https://amu.tv/249882/
- Security Council Report. 2026. »Afghanistan [February 2026 Monthly Forecast]«, 1. Februar 2026. https://www.securitycouncilreport.org/monthly-forecast/2026-02/afghanistan-32.php
- Whiteman, Hilary. 2025. »A two-day internet blackout shows even the Taliban can't turn back time«, *CNN*, 3. Oktober 2025. https://edition.cnn.com/2025/10/03/asia/afghanistan-internet-shutdown-intl-hnk-dst
- World Bank Group. 2025. »Afghan Economy Expands Amid Persistent Challenges«, 10. Dezember 2025. https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2025/12/10/afghan-economy-expands-amid-persistent-challenges
- World Bank Group. 2026. »Afghanistan's Economy Shows Resilience but living standards are falling«, 26. Mai 2026. https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2026/05/26/afghanistan-s-economy-shows-resilience-but-living-standards-are-falling

Afghanische Frauen schreien lautlos. Die Welt muss sie hören.

Nancy J. Newman (International Action Network for Gender Equity & Law (IANGEL), Berkeley (Kalifornien))

6. Juni 2026, Afghanistan. Ein zwölfjähriges Mädchen macht sich in Herat auf den Weg zu einer Untergrundschule, um dort eine Ausbildung zu erhalten, die die Taliban allen Mädchen ab zwölf Jahren verwehren. Am Tag zuvor hatten Vertreter der Taliban gewarnt, Frauen ohne Burka würden ins Gefängnis kommen (Farhaad 2026). Eingehüllt in die weiten Falten des Gebetsschleiers ihrer Mutter, stolpert das Mädchen unterwegs und stürzt, verletzt sich an Händen und Knien. Als sie in der geheimen Schule ankommt, kann ihre Lehrerin kaum die Tränen zurückhalten, während sie die Wunden reinigt und verbindet. Sie fragt sich: *„Was hat dieses Kind getan, dass es solche Erschwernisse ertragen muss? War sein Fehler einfach ein Mädchen zu sein – oder weiterlernen zu wollen?“* (Persönlicher Bericht der Lehrerin in einer E-Mail an die Autorin vom 6. Juni 2026).

Der Erlass in Herat ist keine Anomalie, sondern nur ein jüngeres Beispiel für die beschämende Unterdrückung, der Frauen und Mädchen in Afghanistan ausgesetzt sind, seit die Taliban am 15. August 2021 die Macht zurückerobert haben. In den fünf Jahren seit jenem verhängnisvollen Tag haben die Taliban mehr als 130 Erlasse verhängt, die Frauen und Mädchen ihre grundlegenden Menschenrechte nehmen, unter eklatantem Verstoß gegen das Völkerrecht (Newman et al. 2026; traurigerweise gibt es bereits 141 Erlasse, siehe Femena 2025). Mädchen sind von weiterführenden Schulen und Hochschulen ausgeschlossen. Frauen wird das Recht verwehrt, zu arbeiten, Sport zu treiben, zu reisen und sich an die Justiz zu wenden. Parks, Fitnessstudios, Schönheitssalons und öffentliche Orte sind für sie tabu, und brutale Körperstrafen bis hin zur Steinigung von Frauen wurden wieder eingeführt. Vor diesem Hintergrund ist die in Herat durchgesetzte Pflicht zur vollständigen Verhüllung mit der Burka nicht nur grausam. Sie zeigt vielmehr, wie entschlossen die Taliban sind, afghanischen Frauen die persönliche Selbstbestimmung und die Würde zu nehmen, die allen Menschen zustehen.

Verstöße gegen das Völkerrecht

Man muss sich das Ausmaß vor Augen führen: Afghanistan hat schätzungsweise mehr als 44 Millionen Einwohner, und seit über fünf Jahren enthalten die De-facto-Machthaber der gesamten weiblichen Bevölkerung systematisch ihre grundlegenden Menschenrechte vor. Afghanistan hat die zentralen internationalen Menschenrechtsabkommen ratifiziert, darunter das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR), den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR), das Übereinkommen gegen Folter (CAT) und das Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC). Zwar hat die internationale Gemeinschaft (mit Ausnahme Russlands) die Taliban nicht als legitime Regierung Afghanistans anerkannt, doch üben sie als De-facto-Machthaber die tatsächliche Kontrolle über das afghanische Staatsgebiet aus. Damit müssen sie auch die völkerrechtlichen Vertragspflichten Afghanistans erfüllen.

Die Unterwerfung von Frauen und Mädchen durch die Taliban ist so umfassend und allgegenwärtig, dass der UN-Generalsekretär, der UN-Hochkommissar für Menschenrechte und Dutzende Expertinnen und Experten der UN-Sonderverfahren zu dem Schluss gekommen sind, dass es sich um Geschlechter-Apartheid handelt. Damit ist zugleich die rechtliche Schwelle für ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Form der Verfolgung nach Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe h des Römischen Statuts erreicht: Es handelt sich um einen vorsätzlichen und schwerwiegenden Entzug grundlegender Rechte aufgrund der Identität, der als systematische, staatsähnliche Politik mit Zwang, Gesetzen und Gewalt durchgesetzt wird.

Die Welt arrangiert sich

Seit fünf Jahren nun lässt die internationale Gemeinschaft afghanische Frauen und Mädchen im Stich. Im Juni 2024 trafen sich westliche Staaten in Doha mit Vertretern der Taliban, ohne dass auch nur eine afghanische Frau mit am Tisch saß. Das ist keine Diplomatie, sondern ein beschämendes Entgegenkommen gegenüber jenen, die die Hälfte ihrer eigenen Bevölkerung terrorisieren, während afghanischen Frauen jede Mitsprache über ihre Zukunft verweigert wird. 2026 trafen sich europäische Regierungen – auch solche, die die Erlasse der Taliban öffentlich verurteilt hatten – erneut mit Vertretern der Taliban und verliehen damit einem Regime den Anschein von Legitimität, gegen dessen Führung der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit Haftbefehle erlassen hat.

Auch die humanitäre Hilfe ist kompromittiert. In seinem Bericht von 2025 dokumentierte der U.S. Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction (SIGAR), wie die Taliban internationale Hilfe weiterhin für sich ausnutzen. Der Bericht nährt ernste Zweifel, ob die Hilfsgelder nicht faktisch die Arbeit des Regimes subventionieren, während sie die notleidenden Menschen vor Ort kaum erreichen (Special Inspector Gene-

ral for Afghanistan Reconstruction (SIGAR) 2025). Und indem die Taliban Frauen die Arbeit für Nichtregierungsorganisationen (NGOs) untersagen und sie aus den Büros der UN und anderer Hilfsorganisationen verbannt haben, haben sie sichergestellt, dass die Hilfe von genau denjenigen verteilt und kontrolliert wird, die für die Geschlechter-Apartheid verantwortlich sind.

Widerstand und Rechenschaft

Trotz der zermürbenden Unterdrückung leisten afghanische Frauen auf vielfältige und kreative Weise mutig Widerstand. Im ganzen Land unterrichten Lehrerinnen und Hochschuldozentinnen Mädchen und Frauen in Netzwerken von Untergrundschulen und über Online-Angebote. Manche werden dafür verhaftet, gefoltert und eingesperrt, doch sie machen weiter. Afghanische Juristinnen, die ihren Beruf nicht mehr ausüben dürfen, setzen ihr Fachwissen trotzdem ein, um Frauen in Notlagen zu helfen: Sie befragen Zeuginnen und Zeugen, entwickeln Strategien und verfassen Kurzdarstellungen zur Einreichung durch männliche Verbündete. Afghanische Fachkräfte der psychosozialen Traumaarbeit versuchen im Verborgenen, der zunehmenden psychischen Not und der steigenden Zahl von Suiziden entgegenzuwirken. Sie alle arbeiten im Geheimen und hoffen auf internationale Unterstützung und darauf, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Furchtlos sind sie nicht, sie setzen sich trotz ihrer Ängste für eine bessere Zukunft ein. Sie sind die Definition von Mut.

Groß war die Freude im Widerstand, als der Ankläger des IStGH im Januar 2025 Haftbefehle gegen den obersten Führer der Taliban, Hibatullah Achundsada, und den Obersten Richter Abdul Hakim Haqqani wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit beantragte (Office of the Prosecutor 2025; Public Affairs Unit 2025). Die Haftbefehle wurden am 8. Juli 2025 erlassen, doch viel geschah danach nicht. Am 15. August 2026 veröffentlichten mehr als 60 Völkerrechtsexpertinnen und -experten sowie Verteidigerinnen der Menschenrechte von Frauen eine neue Erklärung gegen die Unterdrückung durch die Taliban und forderten die internationale Gemeinschaft nachdrücklich auf, den Widerstand afghanischer Frauen zu unterstützen und die Verantwortlichen für dieses andauernde Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen (Garry et al. 2026). Am 5. Oktober 2026 machte der IStGH die bis dahin unter Verschluss gehaltenen Haftbefehle gegen Achundsada und Haqqani öffentlich, ebenso zwei weitere gegen den Bildungsminister der Taliban, Habibullah Agha, und den Minister für Hochschulbildung, Neda Mohammad Nadim (Public Affairs Unit 2026). Dabei benannte der Gerichtshof ausdrücklich jene Erlasse der Taliban, die Frauen und Mädchen ihre Rechte auf Bildung, auf Privat- und Familienleben, auf Bewegungsfreiheit sowie auf Meinungs-, Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit nehmen.

Diese Schritte sind zu begrüßen, reichen aber nicht aus. Die Täter sind weiterhin auf freiem Fuß, ein Prozess ist nicht in Sicht, und die niederschmetternde Unterdrückung geht weiter. Die internationale Gemeinschaft muss mehr tun. Sie muss aufhören, sich mit Vertretern der Taliban zu treffen, ohne afghanische Frauen ernsthaft einzubeziehen. Sie muss jede Form des Engagements gegenüber den Taliban an überprüfbare Schritte zur Wiederherstellung der Frauenrechte knüpfen. Sie muss den Widerstand materiell und finanziell unterstützen, und sie muss die Kontrolle der internationalen Hilfe verschärfen, damit diese nicht abgezweigt wird, um die Maschinerie der Entwürdigung zu finanzieren, die die Taliban betreiben.

Die Erlasse der Taliban schränken nicht bloß Bewegungsfreiheit und Kleidung ein, sie sind ein Instrument der Auslöschung. Wie die Burkapflicht selbst zielen sie darauf, die Eigenständigkeit, Identität und öffentliche Präsenz von Frauen zu unterdrücken und unsichtbar zu machen. So kommt es, dass afghanische Frauen »lautlos schreien« (Newman et al. 2026, S. 107). Jetzt, fünf Jahre weiter, muss die Welt endlich zuhören und handeln.

Aus dem Englischen von Rostam Onsori

Über die Autorin

Nancy J. Newman ist eine Partnerin der Anwaltskanzlei Hanson Bridgett LLP in San Francisco sowie Präsidentin und Geschäftsführerin des International Action Network for Gender Equity & Law (IANGEL), einer US-basierten Nichtregierungsorganisation. IANGEL setzt Pro-bono-Rechtsberatung für die Stärkung der Menschenrechte von Frauen ein. In Afghanistan unterstützt IANGEL in mehreren laufenden Projekten Untergrundschulen, unentgeltliche Rechtsberatung und Traumaberatung und verstärkt zugleich die Stimmen des Widerstands afghanischer Frauen und Mädchen.

Lesetipps / Bibliographie

- Farhaad, Mohammad. 2026. »Mandatory Hijab and a Fresh Taliban Warning: Women Without Burqas to Be Jailed in Herat«, *8AM Media / Hasht-e-Subh Daily*, 6 June 2026. https://8am.media/eng/taliban-burqa-warning-women-herat/
- Femena. 2025. »Taliban-Imposed Edicts«, June 11, 2025. https://femena.net/2025/06/11/taliban-imposed-edicts-and-authors/

- Garry, Hannah; Karima Bennoune, Zarqa Yaftali & Zubaida Akbar. 2026. »Experts Declare International Law Principles Supporting Women's Resistance to Gender Apartheid«, *Just Security*, August 26, 2026. https://www.justsecurity.org/154673/international-law-gender-apartheid/
- Newman, Nancy J.; Zubaida Akbar, Mahwish Moazzam & Sussan Tahmasebi. 2026. »Bread, Work, Freedom! The Urgent Call for Action and Accountability in Afghanistan.« *UC Law SF International Law Review* 49 (1): 59–150. https://dx.doi.org/10.2139/ssrn.6547758
- Office of the Prosecutor. 2025. »Statement of ICC Prosecutor Karim A.A. Khan KC: Applications for arrest warrants in the situation in Afghanistan«, *International Criminal Court*, 23 January 2025. https://www.icc-cpi.int/news/statement-icc-prosecutor-karim-aa-khan-kc-applications-arrest-warrants-situation-afghanistan
- Public Affairs Unit. 2025. »Situation in Afghanistan: ICC Pre-Trial Chamber II issues arrest warrants for Haibatullah Akhundzada and Abdul Hakim Haqqani«, *International Criminal Court*, 8 July 2025. https://www.icc-cpi.int/news/situation-afghanistan-icc-pre-trial-chamber-ii-issues-arrest-warrants-haibatullah-akhundzada
- Public Affairs Unit. 2026. »ICC Pre-Trial Chamber II unseals four arrest warrants in Situation in Afghanistan«, *International Criminal Court*, 5 October 2026. https://www.icc-cpi.int/news/icc-pre-trial-chamber-ii-unseals-four-arrest-warrants-situation-afghanistan
- Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction (SIGAR). 2025. »A Broken Aid System: Delivering U.S. Assistance to Taliban-Controlled Afghanistan«, *Office of the Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction*, August 2025. https://www.datalumos.org/datalumos/project/247727/version/V1/view?path=/datalumos/247727/fcr:versions/V1/F_-Reports---Lessons-Learned/2025-Aug-A-Broken-Aid-System-Delivering-U.S.-Assistance-to-Taliban-Controlled-Afghanistan.pdf&type=file

Zur Lage der Hebammen und Müttergesundheit in Afghanistan

Zuhra Dadgar-Shafiq (Action for Development, Genf)

Wer über die Lage der Hebammen und die Gesundheit von Müttern in Afghanistan sprechen will, muss zunächst auf die vergangenen zwei bis drei Jahrzehnte zurückblicken, um das Ausmaß der heutigen Krise zu begreifen. Erst wenn man sich vor Augen führt, wo Afghanistan im Jahr 2001 stand, welche Fortschritte in den folgenden 20 Jahren erzielt wurden und warum diese nun so gefährdet sind, lassen sich die Herausforderungen verstehen, vor denen wir heute stehen.

Als die Herrschaft der Taliban 2001 endete, war das afghanische Gesundheitssystem nach Jahrzehnten des Krieges weitgehend zerstört. Es gab kaum ausgebildetes Gesundheitspersonal, und Frauen waren darunter besonders selten. 2002 verfügte Afghanistan über gerade einmal 467 Hebammen, bei einer Bevölkerung von etwa 23 bis 25 Millionen Menschen – auf rund 50.000 Einwohner kam also eine Hebamme. Vor allem auf dem Land konnte damals nur ein kleiner Teil der Frauen bei der Geburt auf fachkundige Hilfe zurückgreifen.

Der Wiederaufbau des Berufsstandes der Hebammen gehörte deshalb nach 2001 zu den wichtigsten Investitionen in das afghanische Gesundheitssystem. Gemeinsam mit UN-Organisationen, Gebern und Nichtregierungsorganisationen steckte die Regierung erhebliche Mittel in die Gründung und den Ausbau von Hebammenschulen. Es entstanden Programme der gemeindenahen Hebammenausbildung (Community Midwifery Education, CME), die ihren Schwerpunkt auf lebensrettende Fertigkeiten und praktische Ausbildung legten und zugleich dem gravierenden Fachkräftemangel in ländlichen und abgelegenen Regionen begegnen sollten.

Ein wichtiger Baustein war es, Frauen aus genau den Gemeinden anzuwerben, in denen sie später arbeiten sollten. Trotz erheblicher Schwierigkeiten – etwa einer hohen Fluktuation oder der Belastung, fern der Heimat zu arbeiten – kehrten viele der ausgebildeten Hebammen in ihre Heimatorte zurück und wurden dort zum Rückgrat der Versorgung von Müttern, in Gegenden also, in denen Frauen bis dahin kaum Zugang zu fachkundiger Betreuung gehabt hatten.

Die Ergebnisse waren bemerkenswert: Bis 2021 hatte sich das Hebammenwesen in Afghanistan grundlegend gewandelt. Der Bericht *State of Afghanistan's Midwifery 2021* verzeichnete 34.825 Frauen, die eine Hebammenausbildung abgeschlossen hatten. Mehr als 8.000 von ihnen hatten ihren Abschluss über die CME-Programme oder an den Institutes of Health Sciences erworben und galten nach den nationalen Akkreditierungskriterien als fachlich qualifiziert.

Die Zahl der Absolventinnen darf allerdings nicht mit der Zahl der Hebammen verwechselt werden, die dem Gesundheitssystem tatsächlich zur Verfügung standen. Dieselbe Erhebung kam auf 5.098 Hebam-

men, die ausschließlich im Bereich RMNCAH tätig waren, also in der reproduktiven Gesundheit sowie der Gesundheit von Müttern, Neugeborenen, Kindern und Jugendlichen.

Gemessen an den 467 Hebammen des Jahres 2002 war das ein enormer Fortschritt. Dennoch herrschte weiterhin ein erheblicher Mangel, und die Müttersterblichkeit blieb hoch. Die Erhebung von 2021 ging davon aus, dass Afghanistan bis 2030 rund 24.000 Fach- und Assistenzkräfte im Hebammenwesen benötigen würde.

Besonders dringend war der Bedarf in abgelegenen Dörfern und ländlichen Regionen, wo Distanz, Armut und eine dürftige Gesundheitsinfrastruktur viele Frauen nach wie vor davon abhielten, während Schwangerschaft und Geburt fachkundige Betreuung in Anspruch zu nehmen.

Innerhalb von knapp 20 Jahren war die Zahl der Hebammen also von etwa 467 im Jahr 2002 auf mehr als 5.000 hauptberuflich tätige Hebammen im Jahr 2021 gestiegen, während zugleich die Bevölkerung deutlich gewachsen war. Das war eine außergewöhnliche Leistung, reichte aber noch immer nicht aus, um den Bedarf des Landes zu decken oder vermeidbare Todesfälle bei Müttern zu verhindern. Internationale Berichte zeigten weiterhin, dass unannehmbar viele Frauen an Komplikationen während Schwangerschaft und Geburt starben, die sich hätten vermeiden lassen.

Nach der Rückkehr der Taliban an die Macht 2021 änderte sich die Lage dann grundlegend. Mit jeder neuen Anordnung wurden Frauen und Mädchen weiter eingeschränkt. Das Gesundheitssystem verlor zudem einen großen Teil seiner internationalen Unterstützung, und die Beschränkungen bei Bildung und Erwerbsarbeit von Frauen begannen, den Nachwuchs an weiblichem Gesundheitspersonal auszudünnen.

Ende 2024 wurde Frauen schließlich auch die reguläre Ausbildung in Krankenpflege und Geburtshilfe untersagt. Das ist umso alarmierender, als der Hebammenberuf in Afghanistan fast ausschließlich von Frauen ausgeübt wird und weibliches Gesundheitspersonal entscheidend dafür ist, dass Frauen Zugang zu medizinischer Betreuung während Schwangerschaft und Geburt erhalten.

Heute stehen wir deshalb vor einer doppelten Herausforderung: Es fehlt an Hebammen, und zugleich wird der Weg, auf dem die nächste Generation ausgebildet werden könnte, massiv eingeschränkt.

Daneben gibt es noch eine weitere Aufgabe. Wir müssen sicherstellen, dass die Hebammen, die bereits im Gesundheitssystem arbeiten, über das Wissen und die klinischen Fähigkeiten verfügen, die sie brauchen, um den immer komplexeren gesundheitlichen Bedürfnissen von Müttern und Neugeborenen gerecht zu werden.

Bereits 2012 hat die von mir geleitete und im Bereich der reproduktiven Gesundheit tätige Organisation Action for Development in einer Untersuchung erhebliche Wissens- und Kompetenzlücken bei Hebammen festgestellt. Auf dieser Grundlage entwickelte die Organisation gemeinsam mit der Haute École de Santé Genève eine Reihe von Fortbildungsmodulen und begann, in Afghanistan zusätzliche Schulungen anzubieten.

Seit 2014 hat Action for Development mehr als 1.400 Hebammen in 12 Provinzen Afghanistans fortgebildet. Uns war es dabei immer ein Anliegen, die vorhandenen Fachkräfte zu stärken und zu schützen.

Unser aktuelles Projekt setzt bei den Hebammen an, die schon heute Frauen in Afghanistan versorgen, und soll ihr Wissen und ihre klinischen Fähigkeiten weiter verbessern. Sie sollen besser darauf vorbereitet sein, Schwangere zu betreuen, sichere Geburten zu begleiten, die Nachsorge zu übernehmen, Komplikationen frühzeitig zu erkennen, Mütter und Neugeborene zu unterstützen und Frauen bei Bedarf an spezialisierte Einrichtungen zu überweisen.

Für uns ist das mehr als ein Ausbildungsprojekt. Es ist eine Investition in Frauen, die bereits heute Leben retten.

Diese Arbeit hat noch eine weitere Dimension. Wenn wir in Afghanistan eine Hebamme fortbilden und unterstützen, helfen wir nicht nur einer einzelnen Frau, sondern stärken die Gesundheit einer ganzen Gemeinschaft. Im Laufe ihres Berufslebens betreut eine Hebamme Hunderte, manchmal sogar Tausende von Frauen, und für andere Frauen und Mädchen wird sie zu einer Ansprechpartnerin, die Wissen weitergibt, Sicherheit vermittelt und Rückhalt bietet.

Derzeit kämpfen Hebammen mit gravierendem Personalmangel, schwierigen Arbeitsbedingungen und Beschränkungen der regulären Ausbildung. Hinzu kommen Kürzungen internationaler Mittel sowie die Schließung oder Einschränkung einzelner Gesundheitsdienste, die ein ohnehin fragiles System zusätzlich unter Druck setzen.

Für Frauen reichen die Einschränkungen allerdings weit über das Gesundheitswesen hinaus. Bildung, Erwerbsarbeit, Bewegungsfreiheit und Teilhabe am öffentlichen Leben werden ihnen zunehmend erschwert. Viele Frauen, die früher als Lehrerinnen, Ärztinnen, Beamtinnen, Unternehmerinnen oder in anderen qualifizierten Berufen gearbeitet haben, finden heute kaum noch Möglichkeiten. Das trifft nicht nur sie selbst, sondern auch ihre Familien und ihr Umfeld.

Und doch erlebe ich immer wieder eine außergewöhnliche Widerstandskraft.

Ich sehe Frauen, die mit enormem Einsatz dafür sorgen, dass ihre Familien über die Runden kommen, und

Mütter, die wollen, dass ihre Töchter weiter lernen. Ich sehe weibliche Gesundheitsfachkräfte, die weiterhin zur Arbeit kommen, weil sie wissen, dass andere Frauen sonst womöglich niemanden hätten, der sie versorgt. Und ich sehe Mädchen, denen gesagt wurde, ihre Schulzeit sei vorbei, und die trotzdem weiter Fragen stellen, zu Hause lernen und davon träumen, eines Tages als Lehrerin, Ärztin oder in einem anderen Beruf zu arbeiten.

Genau das ist es, was uns bei Action for Development antreibt.

Die Politik, die Frauen und Mädchen einschränkt, können wir nicht ändern. Wir können aber dort, wo es Spielräume gibt, Chancen erhalten: indem wir Mädchen durch Unterricht in den Gemeinden und in Privathäusern das Lernen ermöglichen, Frauen im Gesundheitswesen unterstützen, Hebammen aus- und fortbilden und Familien helfen, die mit Armut und humanitärer Not zu kämpfen haben.

Unser Anliegen lässt sich einfach zusammenfassen: Wir wollen die Fortschritte bewahren, die Afghanistan in den vergangenen 20 Jahren erreicht hat, die Frauen stärken, die weiterhin unmittelbar die Gesundheitsversorgung von Müttern gewährleisten, und dazu beitragen, dass Mütter und Neugeborene in Afghanistan auch künftig fachkundig, sicher und mit Zuwendung betreut werden.

Gerade jetzt, da jungen Frauen der Weg in den Hebammenberuf versperrt wird, ist es wichtiger denn je, die Hebammen zu unterstützen, die bereits da sind. Für mich ist dabei vor allem eines entscheidend: Frauen und Mädchen in Afghanistan haben weder ihren Ehrgeiz noch ihre Hoffnung verloren. Was sie verloren haben, ist der Zugang zu Chancen.

Es ist unsere Aufgabe, diese Chancen zu erhalten, wo immer es möglich ist. Von der übrigen Welt brauchen wir vor allem eines: **dass sie Afghanistan nicht vergisst**.

Afghanistan mag nicht mehr täglich in den Schlagzeilen sein, doch was die Menschen dort brauchen, hat sich dadurch nicht erledigt. Familien sind nach wie vor auf medizinische Versorgung angewiesen, Kinder brauchen Möglichkeiten zu lernen, und Frauen brauchen die Chance, ihr Wissen und ihre Fähigkeiten einzusetzen, um ihre Familien und Gemeinschaften zu unterstützen.

Organisationen, die unmittelbar mit den Gemeinden arbeiten, brauchen weiterhin verlässliche und flexible Unterstützung. Schon vergleichsweise kleine Beträge können viel bewirken, wenn sie die richtigen Menschen erreichen, und wer eine Hebamme, eine Lehrerin, eine Gesundheitsfachkraft oder ein Gemeindeprojekt unterstützt, stärkt damit weit mehr als nur eine einzelne Person.

Und schließlich muss die internationale Gemeinschaft weiterhin in die Frauen Afghanistans selbst investieren – nicht nur als Empfängerinnen von Hilfe, sondern als Fachkräfte, als Ärztinnen und Lehrerinnen, als Führungspersönlichkeiten in ihren Gemeinschaften.

Aus dem Englischen von Rostam Onsori

Über die Autorin

Zuhra Dadgar-Shafiq ist Gründerin und Programmdirektorin von Action for Development, einer humanitären Organisation mit Sitz in der Schweiz, die sich in Afghanistan für Gesundheit, Bildung, die Stärkung von Frauen und die Widerstandsfähigkeit von Gemeinden einsetzt. Seit 2015 leitet sie Initiativen in Afghanistan, in deren Rahmen mehr als 1.400 Hebammen in 12 Provinzen fortgebildet und der Zugang zu Gesundheitsdiensten für Mütter und Gemeinden erweitert wurden. Sie hat einen MSc in Public Policy, Development and Management der SOAS University of London und war zuvor in leitenden Funktionen in den Bereichen Programmmanagement, Monitoring und Evaluierung, Strategie und Organisationsentwicklung tätig.

Laufen als Widerstand: Afghanische Frauen und Sport unter den Taliban

Sana Mahmud (Free to Run, Toronto)

Seit einem Monat kann ich nicht mehr laufen. Beim Padelspielen mit Freunden habe ich mir unglücklich das Knie verdreht. Nun verbringe ich meine Tage mit einem Kühlpack und einer Liste ärztlicher Anweisungen und fiebere dem Tag entgegen, an dem ich wieder auf den Platz zurückkehren kann.

Meine Verletzung wird heilen. Für Millionen Frauen und Mädchen in Afghanistan dagegen ist kein Ende absehbar. Als die Taliban vor fünf Jahren an die Macht zurückkehrten, verloren Frauen ihre Freiheit zu laufen, zu wandern und Sport zu treiben nicht durch einen Unfall – sie wurde ihnen per Anordnung genommen. Heute ist Afghanistan das einzige Land der Welt, in dem Frauen und Mädchen per Gesetz von Bildung und Sport ausgeschlossen sind. Sie sind auf die eigenen vier Wände beschränkt, und es wird alles daran gesetzt, sie

aus dem öffentlichen und gesellschaftlichen Leben zu verdrängen.

Schon vor 2021 war das gesellschaftliche Klima im Land sehr restriktiv. Dennoch konnten wir beobachten, wie sich in einzelnen Gemeinden kleine Initiativen bildeten und wie viele junge Frauen und Mädchen die ihnen auferlegten Geschlechternormen herausforderten, um Sport zu treiben, zu lernen und ihre Freizeit selbst zu gestalten. Letztlich ist es der Beharrlichkeit afghanischer Frauen zu verdanken, dass unsere Organisation Free to Run überhaupt entstanden ist.

Die Anfänge reichen ins Jahr 2014 zurück, als die kanadische Ultramarathonläuferin und Menschenrechtsanwältin Stephanie Case nach Afghanistan entsandt wurde. Afghanische Frauen, die ihr Lauftraining neugierig verfolgten, fragten, ob sie mitlaufen dürften. Case zögerte zunächst, weil sie wusste, welchen Risiken sich die Frauen damit aussetzen würden, doch sie ließen nicht locker. Aus ein paar gemeinsamen Läufen wurden bald Wanderungen, Bergtouren und Zeltausflüge, und schon nach kurzer Zeit war klar, dass es dabei um weit mehr ging als um sportliche Leistungen. Das Laufen stärkte Selbstvertrauen, Widerstandskraft und Führungsqualitäten und bot den Frauen einen Raum, in dem sie sich ausdrücken, ihren Körper neu erfahren und sich das Draußensein an der frischen Luft zurückerobern konnten. Aus dieser Erkenntnis entstand Free to Run, eine internationale gemeinnützige Organisation, die sich mithilfe des Laufsports weltweit für Geschlechtergerechtigkeit einsetzt. Seither hat Free to Run Leadership-Pogramme für heranwachsende Mädchen und junge Frauen in der Demokratischen Republik Kongo, in Hongkong und im Südsudan durchgeführt; derzeit ist die Organisation im Irak, in Palästina und in Afghanistan tätig.

Unsere Arbeit in Afghanistan hat sich seit der Gründung stark verändert. Zu ihren Hochzeiten war Free to Run an fünf Standorten aktiv – Kabul, Herat, Bamiyan, Masar-i-Scharif/Balch und Kandahar – und arbeitete direkt mit Hunderten von Mädchen und jungen Frauen zusammen, von denen viele Geschichte schrieben. 2015 lief Zainab, eine Teilnehmerin unseres Programms, als erste afghanische Frau in ihrem eigenen Land einen Marathon. Sie blieb nicht lange allein: Mit Unterstützung der Trainingsprogramme von Free to Run absolvierten 2016 sechs weitere Afghaninnen den Marathon von Afghanistan, 2017 waren es elf, 2018 bereits 20 und 2019 schließlich 40. Der Erfolg reichte weit über die Ziellinie hinaus. Zainab beschrieb das in einem Beitrag für den Guardian so: »Als ich mich für den Ultramarathon anmeldete, hatte ich ein Ziel: anderen Mädchen in Afghanistan den Weg zu ebnen – auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen, aber ganz besonders im Sport.« (Rasmussen 2015).

Teams von Free to Run, darunter das erste gemischtgeschlechtliche Sportteam des Landes, bewältigten 250 Kilometer lange Ultramarathons ohne externe Unterstützung in der Wüste Gobi und auf Sri Lanka. Mehrere Teilnehmerinnen wurden in die afghanische Laufnationalmannschaft aufgenommen. 2019 lief Kubra als erste Afghanin den New-York-City-Marathon; eine weitere Teilnehmerin, Zeinab, absolvierte als erste Afghanin einen Halb-Ironman. Außerdem durchwanderten die Frauen das Pandschschir-Tal, unternahmen Trekkingtouren im Wachan-Korridor und liefen Schlittschuh auf der ersten Eisbahn Afghanistans, die Free to Run selbst errichtet hatte. Etwas war in Bewegung geraten: Frauen verfolgten ihre eigenen Ziele, brachen aus vorgegebenen Mustern aus und zeigten, dass ihrem Ehrgeiz und ihren Fähigkeiten keine Grenzen gesetzt waren.

All das fand ein jähes Ende, als im August 2021 die heutige De-facto-Regierung an die Macht kam und die Fortschritte bei den Frauenrechten um Jahrzehnte zurückwarf. Die Führung der Taliban erklärte umgehend, Frauen und Mädchen sei jede sportliche Betätigung untersagt, da Sportkleidung und mediale Öffentlichkeit ihre Körper und Gesichter sichtbar machen würden, was gegen die Scharia verstoße. Im November 2022 verbot das »Ministerium für die Förderung der Tugend und die Verhinderung des Lasters« Frauen offiziell den Zutritt zu öffentlichen Parks, Jahrmärkten, Fitnessstudios und Sportzentren. Zur Begründung hieß es, die Regeln zur Geschlechtertrennung und die Hidschab-Pflicht würden nicht eingehalten. Das umfassende »Gesetz zur Förderung der Tugend und zur Verhinderung des Lasters«, das im August 2024 veröffentlicht wurde, zementierte diese Einschränkungen weiter: Es verpflichtet Frauen zur vollständigen Verhüllung des Körpers, schränkt ihre Bewegungsfreiheit ohne männlichen Vormund (Mahram) ein und begrenzt ihre Möglichkeiten, sich in der Öffentlichkeit hörbar zu äußern.

Da sich das Leben afghanischer Frauen über Nacht grundlegend verändert hatte, stellte Free to Run sofort alle Programme ein, schloss sämtliche Büros im Land und machte die Sicherheit und Evakuierung des Teams und der Freiwilligen vor Ort zur obersten Priorität. Viele junge Mitarbeiterinnen und Leiterinnen von Gemeindeprojekten erhielten Todesdrohungen für den Fall, dass sie weiterhin Sport treiben oder sich an entsprechenden Aktivitäten beteiligen würden. Der Weg zu mehr Gleichberechtigung kam abrupt zum Stillstand: Jede junge Teilnehmerin unseres Programms floh entweder aus dem Land oder zog sich still in ihr Zuhause zurück.

Doch der Widerstandswille vieler afghanischer Frauen ließ sich nicht so leicht brechen. Schon wenige Monate später, Anfang 2022, wandten sich zwei junge Frauen, die im Rahmen einer Partnerschaft mit einer anderen lokalen Organisation ausgebildet worden waren, mit einem Hilferuf an Free to Run: Sie hatten in einem Keller zwei

Laufbänder entdeckt und wollten weiter trainieren. Uns wurde klar, dass diese jungen Frauen trotz aller Verbote und aller Versuche, Frauen unsichtbar zu machen, nicht aufgeben wollten – und dass andere ebenso entschlossen nach Möglichkeiten suchten, weiterzumachen. Free to Run beschloss deshalb, den eigenen Ansatz neu auszurichten. Aus Gesprächen mit ehemaligen Teilnehmerinnen und angesichts der gravierenden psychischen Belastungen vieler Frauen im Land entstand das Programm Omid – ein Wort aus dem Dari, das »Hoffnung« bedeutet. Konzipiert wurde es als yogabasiertes Programm zur Stärkung der psychischen und körperlichen Widerstandskraft. Es verbindet kräftigende Übungen, Yogahaltungen und Atemtechniken zur Emotionsregulation und zur Förderung des psychischen Wohlbefindens – genau das, was in dieser Situation dringend gebraucht wurde.

Omid begann als kleines Programm mit 50 bis 100 Frauen und ist seither Jahr für Jahr gewachsen. Inzwischen arbeiten vier Trainerinnen in Afghanistan für das Programm, das 2026 voraussichtlich 700 Mädchen und Frauen direkt erreichen wird. Umgesetzt wird Omid von jungen Trainerinnen vor Ort, die für die Durchführung des Programms geschult werden. Die Teilnehmerinnen nehmen an Online-Sitzungen teil, die im Verborgenen organisiert werden. Wo es möglich ist, gehen die Trainerinnen noch einen Schritt weiter und treffen sich heimlich mit kleinen Gruppen an sicheren, vertrauensvollen Orten in ihren Gemeinden.

Manche Frauen gehen noch größere Risiken ein und beteiligen sich an den weltweiten Online-Kampagnen von Free to Run wie dem »Safe Marathon« oder den »Afghan Underground Runs«. Sie laufen innerhalb ihrer eigenen vier Wände – als Form des Widerstands und um die Welt daran zu erinnern, dass es sie gibt. Ehemalige Teilnehmerinnen in der Diaspora nutzen ihre Führungserfahrung und ihr Selbstvertrauen, um den Frauen im Land Gehör zu verschaffen. Mit der Unterstützung von Free to Run liefen in den vergangenen zwölf Monaten vier Afghaninnen einen 25 Kilometer langen Traillauf auf Mallorca, eine weitere einen 25-Kilometer-Traillauf bei Vancouver, eine den Sydney-Marathon und eine erst kürzlich den Berlin-Marathon; drei weitere sind für einen 15-Kilometer-Lauf in San Sebastián gemeldet. Sie alle halten die afghanische Flagge immer fest in der Hand.

Im vergangenen Jahr wurde das Programm zu Omid 2.0 weiterentwickelt. Auf Wunsch der Teilnehmerinnen und Trainerinnen vermittelt es nun zusätzlich Verhandlungs-, Kommunikations- und Führungskompetenzen. Bis heute hat Omid mehr als 1.300 afghanische Frauen direkt erreicht. Hinweise auf die Wirkung liefern Befragungen, die jeweils zu Beginn und am Ende der dreimonatigen Programmdurchgänge durchgeführt werden:

- 93 Prozent der Teilnehmerinnen berichteten von einem Rückgang depressiver Symptome; 80 Prozent gaben am Ende an, sich überhaupt nicht mehr niedergeschlagen, deprimiert oder hoffnungslos zu fühlen.
- 99 Prozent gaben am Ende an, in belastenden Situationen Bewältigungsstrategien anwenden zu können; zu Beginn waren es drei Prozent.
- 95 Prozent berichteten am Ende, häufiger als früher Yoga- und Dehnübungen zu machen. Zu Beginn hatten 85 Prozent in den vorangegangenen sieben Tagen überhaupt nicht geübt; am Ende übten 79 Prozent häufig oder immer, also an fünf bis sieben Tagen pro Woche.
- 96 Prozent berichteten von einer positiven Veränderung ihrer Verhandlungsfähigkeiten. So stimmten am Ende 99 Prozent der Aussage zu oder voll zu, auch bei Meinungsverschiedenheiten nach Gemeinsamkeiten zu suchen; zu Beginn waren es lediglich fünf Prozent.
- 95 Prozent berichteten davon, sich stärker als Führungspersönlichkeit wahrzunehmen; 96 Prozent stellten eine positive Veränderung ihres Selbstvertrauens fest und 98 Prozent eine positive Veränderung ihrer Selbstwahrnehmung.

Getragen von der Beharrlichkeit der Frauen vor Ort – in einem Land, in dem es für Frauen so schwer ist wie kaum anderswo, sich frei zu bewegen – und unterstützt von Tausenden Menschen auf der ganzen Welt, lebt das Omid-Programm und mit ihm das Vermächtnis von Free to Run in Afghanistan weiter.

Wer diese Arbeit unterstützen möchte, findet weitere Informationen unter www.freetorun.org.

Aus dem Englischen von Rostam Onsori

Über die Autorin

Sana Mahmud ist Global Programs Director bei Free to Run. In dieser Funktion unterstützt sie die Programmqualität, die Lehrplanentwicklung, das Partnerschafts- und Fördermittelmanagement, die Mittelbeschaffung sowie Maßnahmen zum Schutz von Teilnehmenden in den drei Regionen, in denen Free to Run derzeit aktiv ist: Afghanistan, Irak und Palästina.

Lesetipps / Bibliographie

- Rasmussen, Sune Engel. 2015. »Afghanistan's female marathon runner defies danger to go the distance«, *The Guardian*, Wed 28 Oct 2015. https://www.theguardian.com/global-development/the-running-blog/2015/oct/28/afghanistans-female-marathon-runner-defies-danger-to-go-the-distance

Afghanistan nach dem Abzug der Vereinigten Staaten: Das Ende eines Krieges oder der Beginn einer neuen Rivalität?

Sayed Abdul Karim Hashemi, aus dem persischen Original ins Englische übersetzt von Farhad Farhaad

In der internationalen Politik gibt es in diesem Herbst kaum ein Land, das sich dem Kalkül der Großmächte vollständig entziehen kann, und Afghanistan ist da keine Ausnahme. Obwohl der Abzug der US-Truppen inzwischen mehr als vier [bzw. fünf] Jahre zurückliegt, steht das Land nach wie vor im Mittelpunkt zahlreicher politischer und sicherheitspolitischer Debatten. Mit jeder Entwicklung in Kabul, jeder Verschiebung in den Beziehungen der Taliban zu den Staaten der Region und jeder Äußerung amerikanischer Regierungsvertreter stellt sich erneut die Frage, ob die Vereinigten Staaten Afghanistan tatsächlich verlassen oder lediglich die Form ihrer Präsenz verändert haben.

In Afghanistan selbst gehen die Meinungen darüber auseinander, wie sich das Verhältnis zwischen Washington und Kabul künftig entwickeln wird. Für die einen markierte der Abzug der amerikanischen Truppen das Ende der US-Präsenz im Land. Andere sind überzeugt, dass Afghanistan weiterhin Teil des strategischen Kalküls der Vereinigten Staaten ist und Washington gezwungen sein wird, die eigene Politik zu überdenken, sobald sich die Lage in der Region verändert.

Wer diese Frage beantworten will, muss emotionale Sichtweisen beiseitelassen. Das Verhalten von Großmächten wird nicht von der Erinnerung an einen Krieg oder einer bestimmten Haltung gegenüber den Taliban bestimmt, sondern von nationalen Interessen. Die Geschichte hat gezeigt, dass die Vereinigten Staaten ihre Politik immer dann geändert haben, wenn sie ihre sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen oder geopolitischen Interessen in Gefahr sahen – auch wenn zuvor vom Ende ihrer Präsenz die Rede gewesen war.

Ein anschauliches Beispiel dafür ist der Irak. 2011 zogen die Vereinigten Staaten den Großteil ihrer Truppen ab, kehrten aber bereits drei Jahre später, als der »Islamische Staat« (IS) erstarkte, in das Land zurück und übernahmen die Führung der internationalen Koalition. Die Lage in Afghanistan ist zwar nicht identisch mit jener im Irak, doch das Beispiel zeigt, dass ein militärischer Rückzug nicht zwangsläufig das Ende amerikanischer Aufmerksamkeit für eine Region bedeutet.

Zugleich ist die Welt heute eine andere als 2001. Stand damals für Washington der Kampf gegen den Terrorismus an erster Stelle, so hat inzwischen die Konkurrenz mit China und Russland an Gewicht gewonnen. Afghanistan ist daher nicht mehr allein unter dem Gesichtspunkt der Extremismusbekämpfung von Interesse; seine Lage an den Grenzen von China, Iran, Pakistan und Zentralasien hat das Land zu einem Teil der Rivalität zwischen den Großmächten gemacht.

Seit dem amerikanischen Abzug zeigt China verstärkte Präsenz, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit auszubauen und Zugang zu Bodenschätzen zu gewinnen. Russland engagiert sich vor allem aufgrund von Sicherheitsbedenken in Zentralasien, und auch andere Akteure der Region versuchen, ihren Einfluss zu vergrößern. Unter diesen Umständen stellt sich die Frage, ob Washington bereit sein wird, das Feld vollständig seinen Rivalen zu überlassen.

Eine eindeutige Antwort darauf gibt es nicht, doch die amerikanische Außenpolitik folgt einer Abwägung von Kosten und Nutzen. Sollten amerikanische Entscheidungsträger zu dem Schluss kommen, dass die Entwicklungen in Afghanistan die strategische Konkurrenz mit China und Russland berühren, wäre eine Neuausrichtung von Washingtons Politik keine Überraschung. Die eigentliche Frage lautet deshalb womöglich nicht, »ob Amerika zurückkehrt?«, sondern welche Gestalt eine solche Rückkehr im tatsächlichen Fall annehmen würde.

Afghanistan: Ein Schauplatz der Konkurrenz, aber keine Priorität

Afghanistan ist keine amerikanische Priorität mehr, ist aber auch nicht aus Washingtons strategischem Kalkül verschwunden. Großmächte mögen sich aus einem geographischen Raum zurückziehen, ihre Interessen geben sie jedoch selten auf – es ändert sich die Form ihrer Präsenz, nicht deren Kern.

In den vergangenen Jahren ist Afghanistan zum Schauplatz einer Rivalität zwischen verschiedenen Akteuren geworden. China ist bestrebt, seine wirtschaftliche Präsenz auszubauen und von den Rohstoffvorkommen des Landes zu profitieren. Für Peking zählen dabei nicht nur Afghanistans Bodenschätze, sondern auch die Sicherheit der Region Xinjiang und regionaler Vorhaben.

Auch Russland betrachtet Afghanistan vor allem unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten und fürchtet, dass sich extremistische Gruppen nach Zentralasien ausbreiten könnten. Die politischen und sicherheitspolitischen Kontakte zwischen Russland und den Taliban haben deshalb zugenommen.

Gleichzeitig sind die Beziehungen zwischen den Taliban und Pakistan in eine neue Phase eingetreten. Der Streit um die Tehrik-i-Taliban Pakistan (TTP), Gefechte an der Grenze und das schwindende Vertrauen haben frühere Gleichgewichte verändert und die Taliban dazu veranlasst, ihre Beziehungen zu anderen Akteuren auszubauen, darunter auch zu Indien.

In so einem regionalen Umfeld stellt sich die Frage, ob die Vereinigten Staaten einen wachsenden chine-

sischen und russischen Einfluss einfach akzeptieren werden.

Einerseits ist Washington in die Rivalität mit China, den Krieg in der Ukraine, die Entwicklungen im Nahen Osten und innenpolitische Probleme vertieft, weshalb Afghanistan längst nicht mehr den Stellenwert wie vor 20 Jahren hat. Andererseits ist nicht ausgeschlossen, dass sich die amerikanische Perspektive wieder verändert, sollte der chinesische oder russische Einfluss in Afghanistan in weiterem Ausmaß zunehmen.

Doch selbst so eine Verschiebung müsste nicht zwangsläufig eine militärische Rückkehr bedeuten. Die Erfahrung der vergangenen Jahre zeigt, dass Washington vorzugsweise auf Instrumente wie nachrichtendienstliche Zusammenarbeit, diplomatischen Druck, gezielte Sanktionen und die Kooperation mit regionalen Partnern setzt.

Derweil dient für einen Teil der amerikanischen politischen Landschaft der Luftwaffenstützpunkt Bagram weiterhin als Symbol für Afghanistans strategische Bedeutung. Die Äußerungen Donald Trumps zu diesem Stützpunkt zeigen, dass Afghanistan aus den Überlegungen amerikanischer Entscheidungsträger nicht verschwunden ist. Zwischen strategischer Bedeutung und der Entscheidung zu einer militärischen Rückkehr liegt allerdings eine weite Kluft.

Afghanistan steht heute weniger vor einer amerikanischen Rückkehr als vielmehr vor einer neuen Form heraufziehender Rivalität zwischen den Weltmächten, deren wichtigste Instrumente Wirtschaft, Technologie, Information und Diplomatie sind, nicht militärische Feldzüge und Besatzung.

Falls Amerika zurückkehrt, wird es nicht um Krieg, sondern Rivalität gehen

Ein häufiger Fehler bei der Analyse der Zukunft Afghanistans besteht darin, eine mögliche amerikanische Rückkehr allein unter dem Gesichtspunkt militärischer Präsenz zu betrachten. Dabei hat sich die Außenpolitik der Vereinigten Staaten gewandelt: Anstatt auf die Stationierung von Streitkräften im großen Maßstab zu setzen, versucht Washington heute, seine sicherheitspolitischen und strategischen Ziele zu geringeren Kosten und mit vielfältigeren Mitteln zu verfolgen.

Die Operation gegen Ayman al-Zawahiri [der Emir von al-Qaeda von 2011 bis 2022, *Anmerkung der Redaktion*] in Kabul [im Juli 2022] war ein Beispiel für diesen Wandel. Sie wurde ohne größere Präsenz amerikanischer Truppen durchgeführt und zeigte, dass Technologie, nachrichtendienstliche Netzwerke und Präzisionsoperationen das althergebrachte Muster der Kriegsführung weitgehend abgelöst haben.

Deshalb und falls sich die Vereinigten Staaten künftig für eine stärkere Rolle in Afghanistan entscheiden sollten, dürfte diese Präsenz eher die Form von nachrichtendienstlicher Zusammenarbeit, Diplomatie, wirtschaftlichem Druck, begrenzten Antiterroreinsätzen und einer Zusammenarbeit mit regionalen Akteuren annehmen als die eines groß angelegten Feldzugs.

Derweil behalten extremistische Gruppen eine wichtige Rolle. Eines der Hauptziele der amerikanischen Präsenz nach 2001 war es zu verhindern, dass Afghanistan zum Rückzugsort für Gruppen wird, die die Sicherheit der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten bedrohen. Zwar haben die Taliban wiederholt betont, sie würden nicht zulassen, dass afghanischer Boden gegen andere Staaten genutzt wird, doch die Aktivitäten von Gruppen wie dem »Islamischen Staat Khorasan-Provinz« (ISKP) bleiben für die internationale Gemeinschaft weiterhin eine ernsthafte Sorge. Sollte diese Bedrohung künftig zunehmen, könnte sich auch die Haltung Washingtons ändern, ohne dass dies gleich den Beginn eines neuen Krieges bedeuten müsste.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist die wachsende Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten und China. Afghanistan ist heute nicht mehr nur unter dem Gesichtspunkt der Terrorismusbekämpfung von Bedeutung, sondern Teil des geopolitischen Wettbewerbs unter den Großmächten geworden. Seine mineralischen Bodenschätze, seine geografische Lage und die Nähe zu Zentralasien und Westchina haben das Land zu einem wichtigen Bezugspunkt im regionalen Gleichgewicht gemacht. Der wachsende chinesische und russische Einfluss in Afghanistan wird in Washington daher aufmerksam verfolgt, auch wenn dies allein nicht für eine amerikanische militärische Rückkehr ausreicht.

Auch der Luftwaffenstützpunkt Bagram hat in der amerikanischen politischen Landschaft weiterhin symbolischen Stellenwert. Donald Trump hat die Aufgabe des Stützpunkts wiederholt kritisiert und ihn als wichtig erachtet, um Entwicklungen in der Region, insbesondere im Zusammenhang mit China, im Auge zu behalten. Zwischen einer solchen politischen Vorstellung und ihrer praktischen Umsetzung besteht allerdings eine erhebliche Kluft, und viele amerikanische Analysten halten eine Rückkehr nach Bagram ohne ein Abkommen mit den Taliban und ohne die Zustimmung der regionalen Staaten in praktischer wie politischer Hinsicht für äußerst schwierig.

Andererseits hat sich auch die regionale Lage seit 2001 verändert. China, Russland, Iran, Pakistan und die zentralasiatischen Staaten verfolgen in Afghanistan jeweils eigene Interessen, und es erscheint unwahrscheinlich, dass sie der erneuten Einrichtung einer amerikanischen Militärbasis in ihrer Nachbarschaft zustimmen würden. Schon deshalb stößt jedes Szenario einer groß angelegten militärischen Rückkehr auf erhebliche Hindernisse.

Fasst man diese Entwicklungen zusammen, lassen sich drei plausible Szenarien für die künftigen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Afghanistan skizzieren.

Das erste Szenario ist eine Fortsetzung der aktuellen Situation, was bedeutet, die Vereinigten Staaten verfolgen die Entwicklungen in Afghanistan weiterhin ohne größere militärische Präsenz, sondern durch diplomatischen Druck, humanitäre Hilfe, nachrichtendienstliche Zusammenarbeit und begrenzte Einsätze. Dieses Szenario passt am ehesten zum gegenwärtigen Entwicklungsverlauf der amerikanischen Außenpolitik.

Das zweite Szenario ist die Ausweitung der amerikanischen Rolle als Ergebnis einer Verschärfung der Rivalität mit China und Russland. Sollte Afghanistan zu einem wichtigeren Schauplatz der Großmachtkonkurrenz werden, könnte Washington seinen Einfluss über politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Kanäle vergrößern, ohne dafür auf den umfangreichen Einsatz von Streitkräften zurückzugreifen.

Das dritte und unwahrscheinlichste Szenario ist eine begrenzte militärische Rückkehr als Reaktion auf eine schwere Sicherheitskrise, etwa wenn es einer transnationalen Gruppe gelänge, Afghanistan zum Ausgangspunkt für eine direkte Bedrohung der Interessen der Vereinigten Staaten oder ihrer Verbündeten zu machen. Selbst unter solchen Umständen wäre es jedoch unwahrscheinlich, dass sich das Muster der Intervention von 2001 wiederholt.

Mit einiger Sicherheit lässt sich am Ende nur sagen, dass sich die Form der Rivalität gewandelt hat. Sollten die Vereinigten Staaten in Afghanistan wieder eine aktivere Rolle spielen, wird diese weniger durch Panzer und militärische Einsätze definiert sein als durch nachrichtendienstliche Aufklärung, Technologie, Wirtschaft, Diplomatie und geopolitischen Wettbewerb.

Afghanistan liegt nach wie vor am Schnittpunkt der Interessen regionaler und globaler Mächte, und es erscheint unwahrscheinlich, dass irgendein Akteur das Land für längere Zeit aus seinem strategischen Kalkül herausnehmen könnte. Gleichwohl muss zwischen der strategischen Bedeutung Afghanistans und einer amerikanischen militärischen Rückkehr unterschieden werden. Die Bedeutung des Landes ist eine unleugbare Realität. Daraus kann man aber nicht automatisch schließen, dass Washington erneut dem Weg der Vergangenheit folgen wird.

Die Zukunft Afghanistans hängt letztlich nicht allein von den Entscheidungen der Vereinigten Staaten, Chinas oder Russlands ab. Was das Schicksal des Landes mehr als jeder andere Faktor bestimmen wird, ist, ob es inländischen Akteuren gelingt, die Außenbeziehungen zu gestalten, für Stabilität zu sorgen, nationale Interessen zu definieren und aus der Rivalität der Großmächte Nutzen für die Entwicklung des Landes zu ziehen. Wenn Afghanistan diesen Wettbewerb nutzen kann, um Investitionen anzuziehen, die Wirtschaft voranzubringen und die Stabilität zu festigen, könnte sich dieser Wettbewerb als Chance für die Zukunft des Landes erweisen. Wird das Land jedoch erneut zum Schauplatz der Auseinandersetzung zwischen fremden Mächten, werden es die Menschen in Afghanistan sein, die den Preis dafür zahlen – eine Erfahrung, die dieses Land in seiner Geschichte schon oft gemacht hat.

Großmächte kommen und gehen. Was die Zukunft Afghanistans auf lange Sicht prägen wird, ist vor allem der Wille der Menschen in Afghanistan selbst, beständige Institutionen aufzubauen, einen nationalen Konsens herzustellen und gemeinsame Interessen zu bestimmen. Vielleicht ist das auch die wichtigste Lehre des vergangenen halben Jahrhunderts: Kein ausländischer Akteur, wie mächtig er auch sein mag, kann die inländische Verantwortung und den eigenen Willen ersetzen, wenn es darum geht, Afghanistans Zukunft zu gestalten.

Aus dem Englischen von Rostam Onsori

Die englische Fassung des ursprünglich auf Persisch veröffentlichten Kommentars erschien am 12. Juli 2026 auf der Website von 8AM Media / Hasht-e-Subh Daily und wird hier mit freundlicher Genehmigung von 8AM Media / Hasht-e-Subh Daily als deutsche Übersetzung übernommen.

Original: https://8am.media/eng/afghanistan-after-america-new-rivalry/

DOKUMENTATION

Abschluss der Machtneuordnung? Die *Kurultai*-Wahl in Kasachstan vom 23. August 2026

Am 23. August 2026 waren rund 12,6 Millionen Menschen landesweit in Kasachstan dazu aufgerufen, in vorgezogenen Wahlen über die Zusammensetzung des neuen Einkammerparlamentes *Kurultai* abzustimmen. Bei einer Wahlbeteiligung von 74,08 Prozent entfielen 71,17 Prozent der Stimmen auf die erst im Mai gegründete präsidentennahe Partei »Adilet«, die sich damit 110 der insgesamt 145 Sitze im Kurultai sichern konnte. Darüber hinaus überwanden vier weitere Parteien die Fünf-Prozent-Hürde und sind in das neue Parlament eingezogen. Die Wahl markierte den Abschluss der umfassenden institutionellen Neuordnung Kasachstans, die Präsident Tokajew nach den landesweiten Unruhen vom Januar 2022 eingeleitet hat und in der Annahme einer neuen Verfassung per Referendum im März 2026 kulminiert ist. Seit 2022 haben sich nationale und internationale Beobachter dabei durchgängig gefragt, ob die Reformen tatsächlich eine breitere politische Repräsentation ermöglichen oder vor allem der Konsolidierung der Macht von Präsident Tokajew dienen, der zuletzt durch die neue Verfassung eine ganze Reihe erweiterter Kompetenzen erhalten hat (Eschment 2026).

Auch die vorläufige Einschätzung der Kurultai-Wahl durch die Beobachtermission des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) der OSZE spricht eindeutig die Sprache einer autoritären Modernisierung des politischen Systems: Trotz einer technisch gut vorbereiteten Wahl blieb der politische Wettbewerb durch fehlenden Pluralismus und eingeschränkte Möglichkeiten politischer Teilhabe geprägt. Der vorläufige Abschlussbericht kritisiert zudem die begrenzte Transparenz von Entscheidungsprozessen der Zentralen Wahlkommission, die strukturellen Vorteile Adilets sowie die eingeschränkte Medienvielfalt. Die öffentliche Medienberichterstattung vor und während der Wahl enthielt nur wenige analytische Beiträge und bot den Wählern damit kaum Möglichkeiten, sich ein informiertes Urteil über die konkurrierenden Parteien zu bilden. Dazu wurde der Missbrauch administrativer Ressourcen, etwa durch die Mobilisierung staatlicher Beschäftigter zur Teilnahme an Wahlkampfveranstaltungen, festgehalten (ODIHR 2026).

Die Wahl zur Zusammensetzung des Kurultai war die erste Parlamentswahl unter den neuen institutionellen Bedingungen, welche mit der neuen Verfassung geschaffen wurden. Die umfassende Verfassungsreform vom März 2026 ersetzte das bisherige Zweikammerparlament durch eine einzige Kammer mit 145 Abgeordneten, die für fünf Jahre über landesweite Parteilisten gewählt werden. Die erst im Jahr 2022 per Verfassungsreform eingeführte Möglichkeit für parteiunabhängige Einzelkandidaturen ist im neuen Verhältniswahlsystem nicht mehr vorgesehen, was das politische Gewicht der Parteien zumindest theoretisch erhöht. Zugleich wurde die Sperrhürde für den Einzug ins Parlament von sieben auf fünf Prozent gesenkt. Insgesamt traten sieben Parteien mit 545 registrierten Kandidaten an. Die kumulative Mindestquote für Frauen, junge Menschen und Personen mit Behinderungen auf den Parteilisten betrug 30 Prozent; insgesamt gehörten 43,9 Prozent der Kandidaten mindestens einer dieser Gruppen an. Auch die Möglichkeit, auf dem Stimmzettel gegen alle Parteien zu stimmen, wurde wieder eingeführt. Erst nach der Wahl bestimmten die Parteien intern, welche ihrer registrierten Kandidaten die errungenen Mandate übernehmen sollten. Die Wahlentscheidung ermöglichte somit keine unmittelbare Auswahl einzelner Abgeordneter. Gerade angesichts der begrenzten Eigenständigkeit der Parteien stellt sich deshalb die Frage, inwieweit das neue Parlament tatsächlich eine stärkere politische Repräsentation gewährleistet.

Klare Wahlsiegerin war die erst im Mai 2026 gegründete Partei Adilet, die aus der bisherigen Regierungspartei Amanat hervorgegangen ist. Sie erhielt 6.528.948 Stimmen beziehungsweise 71,17 Prozent und sicherte sich damit mehr als drei Viertel der Sitze im neuen Parlament. Auf dem zweiten Platz folgte die Agrarpartei »Auyl« mit 6,26 Prozent und zehn Mandaten. Respublica erreichte 5,56 Prozent und neun Sitze, die Demokratische Partei »Ak Dschol« 5,21 Prozent und acht Sitze. Auch die sozialdemokratische Nationale Sozialdemokratische Partei (OSDP) übersprang mit 5,11 Prozent knapp die Sperrhürde und erhielt acht Mandate. Die Volkspartei Kasachstans blieb mit 3,11 Prozent ebenso außerhalb des Parlaments wie die Grüne Partei »Baytaq« mit 1,07 Prozent. 2,51 Prozent der Stimmen entfielen auf die Option »gegen alle«. Der Wahlsieg und die parlamentarische Stellung Adilets verdeutlichen die Kontinuität zwischen institutioneller Veränderung und politischer Machtkonzentration. Adilet übernahm die Organisationsstruktur, das Personal und die lokalen Netzwerke ihrer Vorgängerpartei Amanat, die unter ihrem ursprünglichen Namen Otan bzw. Nur-Otan das politische System seit 1999 dominiert hatte. Der Vorsitzende von Adilet ist Aibek Dadebaj, der noch bis wenige Tage vor der Parteigründung die Präsidialadministration von Tokajew geleitet hat (Jahn, Wenzel 2026, S. 2). Der Wahlsieg Adilets steht damit weniger für die Entstehung einer neuen parlamentarischen Kraft als für die Neuorganisation der bisherigen Regierungspartei unter angepassten institutionellen Bedingungen.

Der Einzug von fünf Parteien könnte darüber hinaus zunächst als Zeichen einer gewissen parteipolitischen Vielfalt erscheinen. Die Ergebnisse zeigen jedoch eine ausgeprägte Asymmetrie: Adilet verfügt mit 110 der 145 Sitze über eine absolute Supermehrheit, während sich die übrigen 35 Mandate auf vier deutlich kleinere Parteien verteilen. Auch ohne diese Asymmetrie in der Sitzverteilung wäre es fraglich geblieben, inwiefern sich die augenscheinliche Parteienvielfalt des neuen Parlaments in einer tatsächlichen Konkurrenz zwischen den einzelnen Fraktionen niedergeschlagen hätte. Nach Einschätzung des ODIHR unterstützten alle zur Wahl zugelassenen Parteien die Politik des amtierenden Präsidenten. In einem Webinar des Central Asia Program der George Washington University vom 21. Oktober 2026 hat die Politikwissenschaftlerin Sofya Du Boulay außerdem die Einschätzung vertreten, dass die Parteien in der öffentlichen Wahrnehmung kaum unterscheidbare politische Identitäten besitzen und persönliche Loyalität gegenüber Tokajew das eigentliche Kriterium für die Auswahl politischer Mandatsträger bleibt, was auf die fundamentalen Grenzen eines rein formalen Parteienwettbewerbs verweist (Central Asia Program 2026).

Die Wahl fand zudem in einem breiteren Umfeld zunehmender Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Freiheiten statt. In seiner Präsentation bei demselben Webinar verwies der Politikwissenschaftler und Menschenrechtsanwalt Steve Swerdlow auf Überwachung, Befragungen, Inhaftierungen, die Entfernung von Online-Inhalten und Strafverfolgung kritischer Stimmen im Zusammenhang mit dem Verfassungsreferendum im März und der Parlamentswahl im August. Friedliche regierungskritische Demonstrationen seien aus dem öffentlichen Raum nahezu verschwunden; Journalisten, Nichtregierungsorganisationen, oppositionelle Aktivisten und Menschenrechtsverteidiger praktizierten zunehmend Selbstzensur. Vage formulierte Vorwürfe wie die »Verbreitung falscher Informationen«, »Anstiftung zu Zwietracht« oder »Extremismus« werden als vermeintliche Gründe für Anklagen gegen kritische Stimmen eingesetzt (Central Asia Program 2026).

Die Kurultai-Wahl vom 23. August 2026 markierte somit den Abschluss einer Phase des tiefgreifenden institutionellen Wandels, ohne dass damit eine entsprechende Öffnung des politischen Systems verbunden wäre. Die neue Legislative, die Neuorganisation der bisherigen Regierungspartei und die per neuer Verfassung erweiterten Befugnisse des Präsidenten sind Bestandteile einer umfassenderen Neuordnung der Macht. An die Stelle der von Tokajews Vorgänger Nursultan Nasarbajew geprägten Elitennetzwerke treten zunehmend jüngere, technokratisch geprägte Akteure, die durch die neue Regierungspartei an das Präsidialzentrum gebunden werden, wie die Friedrich-Ebert-Stiftung festhält (Jahn, Wenzel 2026, S. 4). Die entscheidende Frage ist daher weniger, ob Kasachstan neue Institutionen und mehrere parlamentarische Parteien besitzt, sondern wie eigenständig diese Institutionen handeln können und wem sie tatsächlich rechenschaftspflichtig sind. Die Kurultai-Wahl hat das neue politische Modell erstmals in der Praxis sichtbar gemacht. Sie deutet darauf hin, dass die institutionelle Modernisierung bislang vor allem der Konsolidierung präsidentieller Macht dient – und nicht einer grundlegenden Demokratisierung des politischen Wettbewerbs.

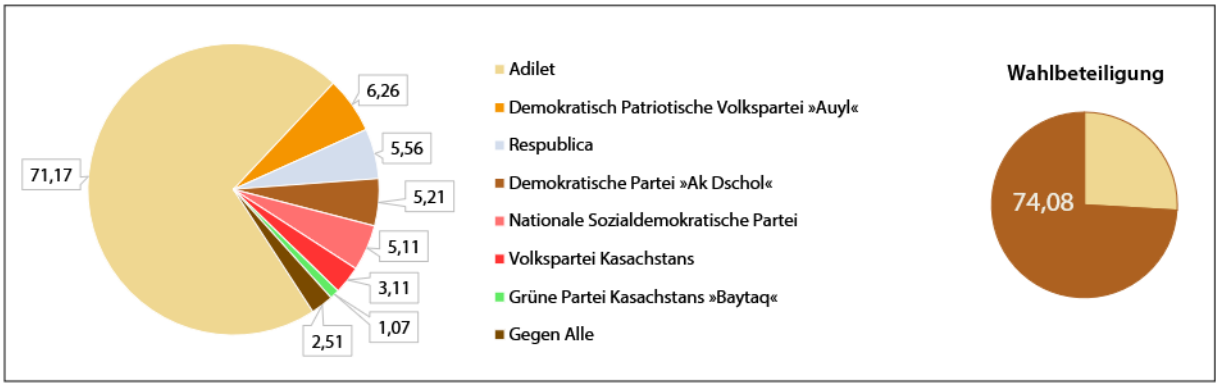
Richard Schmidt, Redakteur der Zentralasien-Analysen

Lesetipps / Bibliographie

- Central Asia Program. 2026. »Kazakhstan's New Political Order: Constitutional Reform, Elections, and the Distribution of Power« (Webinar), 21.10.2026. https://www.youtube.com/watch?v=Qbz4ZJ3df1Y
- Eschment, Beate. 2026. »Kasachstan: Schon wieder eine neue Verfassung«, *ZOiS Spotlight* 13/2026, 01.07.2026. https://www.zois-berlin.de/publikationen/zois-spotlight/kasachstan-schon-wieder-eine-neue-verfassung
- Jahn, Philipp C.; Jasper F. Wenzel. 2026. »Neuordnung der Macht. Briefing zu den Parlamentswahlen in Kasachstan«, *Friedrich-Ebert-Stiftung,* 25. August 2026.
- ODIHR. 2026. »International Election Observation Mission. Republic of Kazakhstan – Early Parliamentary Elections, 23 August 2026. Statement of Preliminary Findings and Conclusions«, *OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR).* https://odihr.osce.org/sites/default/files/documents/official_documents/2026/08/KAZ%20Early%20Parliamentary%20Elections%202026%20PS_24.08.2026.pdf

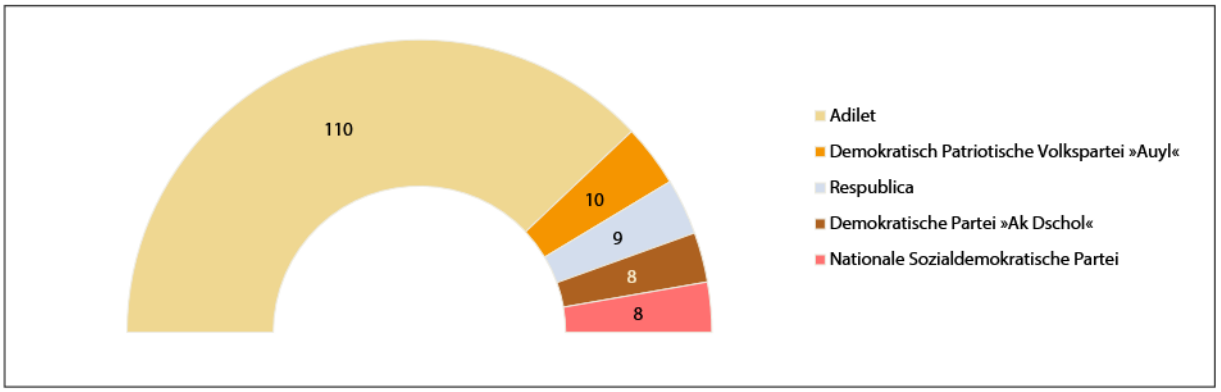
Offizielles Endergebnis der vorgezogenen Wahl zum neuen Einkammerparlament *Kurultai* in Kasachstan vom 23. August 2026

Grafik 1: Offizielles Endergebnis der vorgezogenen Wahl zum neuen Einkammerparlament *Kurultai* in Kasachstan vom 23. August 2026 (in % der gültigen Stimmen)



Quelle: »Results of the Elections of Deputies of the Kurultai of the Republic of Kazakhstan Officially Established«, The Central Election Commission of The Republic of Kazakhstan, 25.08.2026. https://election.gov.kz/eng/news/releases/index.php?ID=10707&utm

Grafik 2: Sitzverteilung in Kasachstans neuen Einkammerparlament *Kurultai* nach der Wahl vom 23. August 2026



Quelle: »Results of the Elections of Deputies of the Kurultai of the Republic of Kazakhstan Officially Established«, The Central Election Commission of The Republic of Kazakhstan, 25.08.2026. https://election.gov.kz/eng/news/releases/index.php?ID=10707&utm

Tabelle 1: Offizielles Endergebnis der vorgezogenen Wahl zum neuen Einkammerparlament Kurultai in Kasachstan vom 23. August 2026

Partei	Stimmen	%	Mandate
Adilet	6.528.948	71,17	110
Demokratisch Patriotische Volkspartei »Auyl«	574.621	6,26	10
Respublica	509.631	5,56	9
Demokratische Partei »Ak Dschol«	478.083	5,21	8
Nationale Sozialdemokratische Partei	469.058	5,11	8
Volkspartei Kasachstans	285.395	3,11	0
Grüne Partei Kasachstans »Baytaq«	97.751	1,07	0
Gegen Alle	230.446	2,51	-
Insgesamt	***9.173.933***	***100***	
Gültige Stimmen	***9.173.933***	***98,10***	
Ungültige Stimmen / Leerstimmen	177.606	1,90	
Abgegebene Stimmen insgesamt	***9.351.539***	***100***	
Wahlberechtigte / Wahlbeteiligung	***12.623.289***	***74,08***	

*Quelle: »Results of the Elections of Deputies of the Kurultai of the Republic of Kazakhstan Officially Established«, The Central Election Commission of The Republic of Kazakhstan, 25.08.2026.*https://election.gov.kz/eng/news/releases/index.php?ID=10707&utm

CHRONIK

Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik seit 2008 zu den zentralasiatischen Ländern befinden sich auf der Seite der Zentralasien-Analysen (http://www.laender-analysen.de/zentralasien-analysen/) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link https://laender-analysen.de/zentralasien-analysen/chronik?c=region-zentralasien,kasachstan,kirgistan,tadschikistan,turkmenistan,usbekistan&i=1. Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten.

Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken zu Russland, Belarus, Polen und der Ukraine Gebrauch zu machen, um z. B. Ereignisse wie den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenauen Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen, auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Zentralasien-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Die Redaktion der Zentralasien-Analysen

Herausgeber:
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur: Richard Schmidt
Lektorat: Rostam Onsori
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:
Dr. Luca Anceschi, University of Glasgow
Dr. Beate Eschment, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS), Berlin
Dr. Aksana Ismailbekova (Leibniz-Zentrum Moderner Orient (ZMO), Berlin)
Prof. Dr. Martin Petrick, Justus-Liebig-Universität Gießen

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.
Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener
Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
ISSN 1866-2110 © 2026 by Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH • Mohrenstraße 60 • 10117 Berlin • Telefon: +49 (30) 2005949-20
e-mail: richard.schmidt@zois-berlin.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

LÄNDER-ANALYSEN

Belarus-Analysen | Polen-Analysen | Russland-Analysen | Ukraine-Analysen | Zentralasien-Analysen

Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen
Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: https://laender-analysen.de/abonnement/

Belarus Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr
Abonnement unter: https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html

Caucasus Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html

Moldovan Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich
Abonnement unter: https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html

Polen-Analysen
Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.
Abonnement unter: http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/

Russland-Analysen
Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: https://laender-analysen.de/abonnement/

Russian Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html

Ukrainian Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html

Ukraine-Analysen
Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: https://laender-analysen.de/abonnement/

Zentralasien-Analysen
Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: https://laender-analysen.de/abonnement/